D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 124
Juli '80 DM 2,–
12. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Dan Diner:
Rundschlag zum Ratschlag 2

Gegen das
Atomprogramm

Harald Kandler:
Ein Ratschlag
für den Ratschlag 4

Radio Wendland 5

N.N.:
Bericht über das
Tribunal gegen den
Paragraph 218 6

Kleinanzeigen 8

Josef Esser/
Wolfgang Fach/
Frieder Schlupp/
Georg Simonis:
Alternative
Wirtschaftspolitik? 9

Peter Dudek:
"Ich bin bereit, dafür
in den Knast zu gehen" 13

Bernd Schneider:
Was man als
arbeitsloser Lehrer so
alles erleben kann –
Ein Bericht 15

Klaus Müschen:
Selbstorganisierte
Tagungshäuser 16

Kleine Schritte im Alltag
– Entwürfe für ein
sozialistisches Leben 18

Komitee für
Grundrechte und Demokratie:
Berufsverbote 1979/80 20

Rock gegen Rechts

Sylvia Strasser:
Lebenslust ... 22

Bernd Leukert:
Die Rodgau monotons 22

Die Rückkehr Rudolf Raabes 23

Stollwerck besetzt 24

Titelbild: taz

Ein Rundschlag zum Ratschlag

Daß die linke Großveranstaltung zu ihrer Kennzeichnung das Wort von Ratschlag benutzt, ist ein Zeichen. Ein Zeichen dafür, daß die Linke sich zu einer politischen Offenheit bekennt, die ihr früher abging. Eine Offenheit in der Auseinandersetzung um ihre Perspektiven, über Mittel und Weg. Das Wort vom Ratschlag markiert zudem die endgültige Verallgemeinerung jener Wende, die sich von scheinbar sicheren Revolutionsstrategien traditioneller Art lossagt, um neue Wege zum alten Ziel zu suchen.

Die Markierung, die der "Große Ratschlag" setzen will, kann den erreichten Entwicklungsstand der Linken angeben, die sich in den letzten Jahren eher dem Prinzip alternativer Formen von Politik, Arbeit und Leben verschrieb. Ob dies zur eigenen Sicherheit beigetragen hat, mag dahingestellt bleiben. Aber die Verunsicherung, die mit einem solchen Rückzug auch verbunden ist, lockert alte Verkrampfungen und ermöglicht eine neue Sicht. Dies, wenn es gelingt nicht wieder einen absoluten Neuanfang zu erklären und dabei bisherige eigene Geschichte und Erfahrung über Bord zu werfen. Es mag richtig sein, daß die Bemühungen um Selbstveränderung im Unterschied zu den traditionellen Vorstellungen von Politik eine tiefere und nachhaltigere Wirkung ausüben, als dies die alten Konzeptionen vermochten. Aber eins darf nicht übersehen werden: Auch diese merklichen Veränderungen sind einer immer noch von außen gesetzten gesellschaftlichen Logik unterworfen, bewegen sich in den sogenannten Sachzwängen des Systems. Politisch bleiben sie im Rahmen der gesetzten bürgerlichen Verfassung nur formeller Gleichheit, ökonomisch im Profitsystem des Kapitalismus gefangen. Hier schließt sich die bislang unbeantwortete Frage an: Welche bewußt-politische Strategie gilt es einzuschlagen? Wie lassen sich heute Schritte der Veränderung in einen größeren, bewußt vorweggenommenen Gesamtzusammenhang einordnen? Haben wir überhaupt ein Maß für Politik?

Während früher Umwälzungen als sinnlich wahrnehmbarer revolutionärer Bruch erkennbar sein konnten und wie dies heute noch in Ländern mit geringerer Produktivität und weniger dichten Vergesellschaftung der Fall ist, kann solch eine Wende, sozusagen die juristische, militärische und politische "Sekunde" des Bruchs in unserer Gesellschaft nicht angegeben werden. Wir haben uns in den letzten Jahren damit beruhigt, daß dieser Bruch nur ein tagtäglicher, ein ständiger sein kann, der Selbst- und Fremdveränderung in kleinen Schritten vollzieht. Und das gar im Bewußtsein, daß er immer wieder eingeholt und zurückgenommen zu werden vermag. Das vor allem dann, wenn die Schranken des Systems erreicht werden – und das alltäglich und wiederkehrend. Kann uns eine Politik im und des Alltags genügen? Reicht dies für die Veränderungsabsicht aus oder handelt es sich um eine grandiose Selbsttäuschung, die nur auf der Spielwiese des Systems ihr abgestecktes Terrain erhält, gesellschaftlich zwar Spuren hinterläßt, nicht aber Folgen nach sich zieht. Allein die Kriegsgefahr macht unser praktisches und nicht zuletzt auch theoretisches Unvermögen deutlich, politisch zu reagieren, darauf bezogene und gesamtgesellschaftlich vermittelte Alternativen zu entwickeln. War früher die Vorstellung vom politisch-revolutionären Bruch in einem schlechten, ideologischen Sinne utopisch, so scheint heute die konkretistische Utopie die gesamtgesellschaftlich wichtigen Veränderungen zu verstellen und die fordernden Entwürfe zurückzuhalten. Was tun?, pflegte daraufhin gefragt zu werden, um sich dabei einer neuen Position, einer anderen Linie oder Identifikation zu unterwerfen. Heute hingegen sucht man kollektiv Rat. Das ist eine bedeutsame Veränderung, die man nicht gering schätzen soll, ist ein Eingeständnis von Bereitschaft aufzunehmen, sich Veränderungen zu stellen, die Utopie mit der Realität zu konfrontieren. Woran die Linke heute leidet, ist also nicht die Bereitschaft zuzuhören, sich auszutauschen und abzuwägen. Sie leidet auch nicht mehr an einem gekränkten Trotz oder ständiger Weinerlichkeit. Sie leidet vielmehr an einer Selbstunterschätzung, einem Selbstbewußtsein, das verhindern hilft, daß sich ihre wirkliche gesellschaftliche Potenz in mögliche politische Macht überträgt. Was ihr also fehlt, sind konkrete Perspektiven der Veränderung. Darunter wären Strategien zu verstehen, die in erklärter Ab-

Am Freitag, den 13.6. wurde in Georgetown/ Guayana Walter Rodney durch einen Bombenanschlag ermordet. Rodney war der wichtigste Sprecher der Arbeiterbewegung Guayanas. Er war aktiv in der Black-Power-Bewegung der Karibik und den USA wie auch in der panafrikanischen Linken in Afrika. Wir sind über seinen Tod entsetzt.
In unserer nächsten Ausgabe werden wir ausführlich auf das Leben Walter Rodneys und die Hintergründe seiner Ermordung eingehen.

sicht nicht nur defensiv Erreichtes zu wahren versuchen, die Nischen verteidigen und sich letztendlich mit dem Bestehenden versöhnen, sondern auch den Sprung aus dem Bestehenden vorbereiten und dafür handlungsanleitende Perspektiven anzugeben vermögen. Worum es während des "Großen Ratschlags" auch gehen soll, ist die gemeinsame Erfahrung eines Selbstbewußtseins, auf dessen Grundlage sich wieder die Frage nach der großen politischen Veränderung stellen läßt. Davor wäre aber auf dem Ratschlag Bilanz zu ziehen.

Die selbstbezogene Form von Politik in den letzten Jahren, Ergebnis berechtigter und nötiger Enttäuschung mit alten, übertragenen Revolutionsvorstellungen, ist also endgültig dahin. Und das ist gut so. Inzwischen hat sich die Linke – eher naturwüchsig als antizipatorisch – ein Feld erkämpft, dessen Bedeutung nicht gering zu schätzen ist: Sie ist in ihr bisher verschlossene Bereiche des Alltags und des Alltagsbewußtseins eingedrungen. Sie hat sich – anfänglich noch militant, ängstlich und unsicher – an Domänen herangewagt, die traditionell von der Rechten besetzt waren. Die Ökologiefrage war vor allem auch eine Revolutionierung des Bewußtseins, die vor allem in Deutschland seit über huntert Jahren ein Erbhof der Reaktion waren. Auch wenn sich dabei Klassengrenzen oft zu verschieben drohen, gesellschaftliche und bewußtseinsmäßige Inhalte nicht klar und eindeutig zuordenbar sind, so hat dieses Bemühen doch etwas Kulturrevolutionäres ausgelöst. Nach der Studentenbewegung, die zumindest – was die inneren Verhältnisse anging – demokratische Inhalte militant gegen die scheindemokratische Form setzte, so hat die von der Ökologiebewegung ausgehende Revolutionierung bzw. Versuche und Ansätze in dieser Richtung, einen wichtigen Anteil der Rechten entreißen können und sie emanzipatorisch gewendet.

Soweit, so gut. Was jedoch weiterhin ansteht und nötig wäre, ist die in den Hintergrund getretene gesamtgesellschaftlich orientierte politische Alternative mit einem internationalen Anspruch. Der Bruch mit dem Kapitalismus in den Metropolen, seinem Zentrum, steht noch an. Gelingt dies nicht, so droht er uns zu verschlingen. Die internationale Krise ist nur ein dumpfes Grollen, ein Vorbeben im abstrakten Stahlnetz der globalen kapitalistischen Vergesellschaftung – eine leise Drohung. Wir dürfen auch dann nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn eine scheinbare, vorübergehende Beruhigung eintritt. Auch bloßes Gesundbeten und ökumenisches Fürbitten nutzen wenig, wenn auch eine ausschließlich abstrakt für den Frieden eintretende Absicht nicht überheblich zu unterlassen wäre. Was aber darüber hinaus not tut, ist eine strategische politische Perspektive. Es wäre zwar vermessen zu behaupten, darüber zu verfügen. Es wäre aber auch leichtfertig und die eigenen Potenzen entwertend, so zu tun, als sei man völlig kopflos geworden, nachdem dem Bauch eine Zeitlang – vielleicht zu lang – Vorrang eingeräumt worden war.

Wir haben vergessen, daß die Linke immerhin über das den Verhältnissen adäquate intellektuelle Instrument verfügt: den Marxismus. Daß er im allgemeinen linken Bewußtsein in Ungnade gefallen ist, hat eher mit dem Umfang zu tun, den man ihm angedeihen ließ, als mit seinem tatsächlichen Erkenntniswert. Seine behauptete Krise war oder ist vor allem die politische Krise seiner selbsternannten Verwalter, seiner unberufenen Exegeten und nicht zuletzt die einer ermatteten Bewegung. Die Stärke der Marxschen Theorie – und das scheint vergessen – liegt nicht nur in ihrer sinnstiftenden analytischen Potenz, sondern auch in ihrem handlungsanleitenden Antrieb. Was geschehen ist und die sogenannte Krise des Marxismus mit hervorbrachte, war, daß diese unsere Gesellschaftsformation adäquate Theorie der Praxis von den einen in einem praxislosen Immobilismus und von den anderen in ein theorie- und orientierungsleeres praktisches Agieren zerrissen wurde. Aus dem einstigen Verständnis für die widersprüchliche Einheit unserer Gesellschaft wurde auf Biegen und Brechen die Widerspruchsfreiheit verfolgt – in Theorie und Praxis.

Die Trümmer einsammeln, bedeutet insgesamt wieder mehr zu wollen. Daß dies auch die Frage nach der Organisation neu stellen muß, ergibt sich von selbst. Auch darüber gilt es offen zu debattieren. Vor allem die begründete Voraussicht, daß die Verschiebungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt die besondere Stellung der BRD nicht so belassen werden und die Strukturkrise sich einen unübersehbaren ökonomischen und zuletzt auch politischen Ausdruck geben wird, darf an uns nicht unvorbereitet anbranden. Während die Sozialdemokratie heute angesichts der Krise und Strauß scheinbar unangefochten sich als Barriere gegen noch größeres Unheil profilieren kann, so bedeutet dies nicht, daß wir diese wohlfeile Selbstdarstellung hinnehmen müssen. Wir wissen: Im System gibt es keine Alternative, sondern nur Nuancen, Unterschiede, die das Elend anders, "gerechter" verteilen oder das Unheil auf später aufzuschieben vermögen. Darauf dürfen wir nicht nur punktuell reagieren, sondern müssen insgesamt alternativfähig werden. Denn der politische Bruch, seine Vorbereitung, muß neben den alternativen Lebens- und Organisationsformen der Durchdringung und schrittweisen Zersetzung auch und zuletzt vor allem politisch erfolgen. Wir bekämpfen zwar Herrschaft, dürfen aber Macht nicht ignorieren. Deshalb gilt es sich neben den alternativen Formen in Leben und Arbeit auch um eine politische Alternative bemühen, die notwendig auch organisatorische Strukturen annehmen wird. Hierfür bedarf es eines konzentrierten Einbruchs in den Bereich von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Dies, um den gesellschaftlichen Widerspruch, den wir verkörpern, zur allgemeinen Geltung zu bringen. Das kann freilich nur praktisch geschehen und zwar zuallererst dort, wo für unsere Vorstellungen und Utopien eine bessere, unmittelbarere Vermittlungsmöglichkeit und Einwirkungsfähigkeit besteht: in den Kommunen. Das Ziel: Die Vorbereitung auf gesamtgesellschaftlich bezogene Politik und die Realisierung von Möglichem im utopischen Anspruch. Die Erwartungen an den "Großen Ratschlag" sind tiefer gesteckt. Es geht vor allem darum, Erfahrungen auszutauschen, Erkenntnis zu verbreitern, Schlüsse zu ziehen und sie auf die Ebene eines gesamtgesellschaftlichen Anspruchs zu heben. Ob das gelingen wird, ist nicht zu versichern. Aber ohne Entscheidungsdruck und ohne falschem politischen Über-Ich Möglichkeiten ausloten, bedeutet intellektuell, bewußtseinsmäßig und emotionell politische Stärke zu gewinnen, die sich danach in Praxis umsetzen ließe.

DAN DINER

Informations-Dienst ID
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
ERSCHEINT WÖCHENTLICH

„Die Wahrheit über Katzen erfährst du bei den Mäusen"

Im ID schrieb:

... Oktober 1973 der Fordarbeiter Dieter Heinert auf Köllsch, warum der Ford-Streik „keine verbissene Sache war, wie man dat in der Presse findet, sondern dat war erst mal en großes Fest, da wurde gebrüllt und getrommelt und National pizza eingekauft, türkische".

...die Rote Hilfe am 22. Januar 1974, daß der Verfassungsschutz im Prozeß gegen Astrid Proll Zeugen zurückhält - eine Feststellung, die im erneuten Prozeß 1979 zur Sensation wird.

... November 1977 eine ID-Arbeitsgruppe die Fragen wegen der angeblichen Selbstmorde von Baader, Ensslin und Raspe, die sich der „Spiegel" (und nach ihm die „tageszeitung") erst 28 Monate später stellte - selbstverständlich, ohne den ID zu erwähnen.

... im Juni 1979 eine Gruppe biologisch-dynamischer Gartenbauer aus dem Hochsauerland, wie der Bürgermeister sie aus dem Dorf graulen wollte, indem er ihnen das Wasser abdrehte.

... im Februar 1980 die Gruppe der islamischen Studenten für Khomeiny, daß sie das Botschaftspersonal nur gegen den Schah herausrücken würden, während die gesamte westliche Presse über eine baldige Freilassung spekulierte und nur Bani-Sadr zu Wort kommen ließ.

Wir bringen die Geschichten. Die Sensationen machen andere draus.

ROSA WINKEL

rosa Winkel
Verlags- und
Versand GmbH
Postfach 620 304
D 1000 Berlin 62

Bülowstraße 17
D 1000 Berlin 30

Der **Buchversand**
rosa Winkel
besorgt jedes Buch,
schickt auf Wunsch
ausführliche Prospekte,
kauft und beschafft
auch antiquarische Bücher.
Gegen Vorkasse
(zzgl. 2 DM Versandkosten,
ab 50 DM frei)
schicken wir jedes Buch.
Postscheckkonto Bln/W
324 25-105

John Henry Mackay · SAGITTA
Die Bücher der namenlosen Liebe
896 Seiten · 2 Bände · 40,— DM

Aus dem Archiv 1
Edward Carpenter
Die homogene Liebe
64 Seiten · 4,50 DM

Schwule Texte 3
Andrew Hodges · David Hutter
Das unerhörte Schweigen der Schwulen
64 Seiten · 6,50 DM

Schwule Texte 4
Elemente einer homosexuellen Kritik
Französische Texte 1971–1977
hrsg. v. **B. Dieckmann · F. Pescatore**
240 Seiten · 18,— DM

MILCHSILBER
Wörter und Bilder von Schwulen
hrsg. v. [illegible] · L. Voth · N. Würtz
[illegible] Fotos) · 26,— DM

Schwule Lyrik — Schwule Prosa
hrsg. v. Elmar Kraushaar
256 Seiten · 14,— DM

SUMPFFIEBER
Medizin für schwule Männer
90 Seiten · 7,— DM

Felix Rexhausen: Lavendelschwert
Roman · 280 Seiten · 14,— DM

Los Angeles Research Group
Zur materialistischen Analyse
der Schwulenunterdrückung
82 Seiten · 7,50 DM

VERLAG + VERSAND

Gegen das Atomprogramm

Ein Ratschlag für den Ratschlag

Es ist völlig richtig, man soll sich nicht von jeder tagespolitischen Situation überfahren lassen. Auf dem "Großen Ratschlag" sollte Grundsätzliches diskutiert werden: Wo stehen wir und wie geht es weiter.

Aber die drohende Zukunft, die einen Teil unserer Diskussion im Juli ausmacht, findet bereits statt. In der Umgebung von La Hague wird sie seit Jahren praktiziert. Wir können uns aus dem, was heute schon vorfällt, ein ungefähres Bild machen, welcher Typ von Repressionsstaat auf uns zukommt, wenn es nicht gelingt, ihn abzuwenden. Die Mobilisierung der Gegenkräfte wird so erleichtert. Man erkennt früher die Absichten und kann die Drohungen von Schmidt und Strauß besser deuten. Das Thema "Atomstaat" ist wie kein anderes geeignet, die Konturen einer möglichen Zukunft herauszuarbeiten und den Standpunkt jener zu definieren, die sich dagegen wehren. So bekommt eine Diskussion über Möglichkeiten und Zielrichtungen einer Protestbewegung einen reellen Hintergrund. Gewiß, "Deutschland im Herbst", Strauß, Rasterfahndung, Wehrsportgruppe Hoffmann sind Hintergrund genug. Aber das alles sind Nebenflüsse, die in einen großen Strom fließen, und der heißt: Plutoniumwirtschaft, Atomstaat!

Jeder, der sich einmal näher mit dem technischen und polizeilich/politischen Aufwand eines einzigen Plutoniumstransportes beschäftigt hat, wird Umfang und Methoden eines Staates erraten können, die nötig sind, um die Bewohner zu kontrollieren und in Schach zu halten.

Die Atmosphäre, die Bespitzelungen, Überfälle, Drohungen, Lügen in der Umgebung von La Hague, der (wahrscheinliche) Mord an der US-Laborantin Karen Silkwood, der Lauschangriff gegen Traube sind nur winzige Vorahnungen auf das Kommende. Angesichts des geplanten Ausbauvolumens bis zum Jahre 2000 von umgerechnet einer nuklearen Sprengkraft von 1,1 Mio Atombomben müssen sich die Kontrollexperten noch einiges einfallen lassen, um die Menschen vor ihren Errungenschaften hinlänglich zu schützen.

Solche Betrachtungen werfen natürlich keine echten Befürworter aus der Bahn, und tatsächlich hat man eine verblüffend einfache Lösung gefunden:

Kann man schon nicht die Technik dem Menschen anpassen, paßt man einfach den Menschen der Technik an:

Ein gekrümmtes, gebrochenes, geducktes Wesen, funktionierend wie ein Automat, überwacht und vollgestopft mit Maßregeln, Sprüchen, Daten, Formeln. Eine Neuauflage nationalsozialistischer Zuchtanstalten, nur daß statt der "blonden Bestie" die "perfekt funktionierende Bestie", "good guys" gezüchtet werden soll.

Die Weichen sind gestellt. Den Atomstaat kann man nicht verbessern, abschwächen, begrünen, man kann ihn nur verhindern. Deshalb gibt es nur eines: Widerstand! Der muß "beratschlag" werden. In Frankfurt und überall.

Der "Große Ratschlag" findet just in jenem Bundesland statt, in dem der große Durchbruch und Einstieg in die Plutoniumwirtschaft geschehen soll. Die geplante WAA von Gorlebenformat ist weder Wahltrick noch Versuchsballon, sondern knallharte Wirklichkeit. Hessen hat bei allen großen Atomanlagen den Vorreiter gemacht und wird es auch hier versuchen. Der "Standortsicherungsplan für große Wärmekraftwerke" in Mittel-, Nord- und Osthessen, herausgegeben von Wirtschaftsminister Karry ist inzwischen den meisten geläufig. Aber kaum bewußt ist die Tatsache, daß dieser Plan alles zu bieten hat, was die große Atompalette im Augenblick aufweist: Jawohl, Hochtemperaturreaktoren und Brutreaktoren für verträumte hessische Ortschaften! (Das steht gleich auf Seite 1.) Von den 12 Standorten, meistens in unmittelbarer Nähe kleiner Ortschaften wie Kirchhain, Trebur oder Mecklar sind 11 als potentielle Standorte für atomare Kraftwerke ausgewiesen. Und dieser Plan steht auf soliden Füßen, seitdem Börner am 10. Mai auf dem Friedberger SPD-Landesparteitag rücksichtslos seine Atompläne durchgesetzt und kurz darauf eine detaillierte Marschroute für die Wiederaufbereitungsanlage bis 1992 vorgelegt hat. Die WAA wird kommen, so sicher wie das Christuskind, wenn wir nicht alle Kräfte dagegen mobilisieren. Die KEWA schläft nicht!

Darum ist es unsere Aufgabe, den von Börner befürchteten "heißen Sommer" in die Tat umzusetzen, dies ist der erste Rat zum "Großen Ratschlag"! Die Demonstration zum Abschluß des "Großen Ratschlag" sollte dem Thema "Atomstaat Hessen" gewidmet sein. Der Bogen wäre gespannt: Eine drohende Zukunft, Atomtechnik und Staat und die eigene Betroffenheit. Zudem wäre diese Demonstration eine ungeheure Hilfe für die hessischen Bürgerinitiativen, die im Augenblick vor der Mauer einer völlig gleichgeschalteten Presse stehen. (Eine Demonstration von ca. 4.000 Atomkraftgegnern in Darmstadt am 26.4. zum Landesparteitag der FDP wurde völlig totgeschwiegen.)

Es gibt einen Propagandisten, der mithilft, massenhaft Augen zu öffnen, nämlich die Wirklichkeit selber: Tankerunfälle, Vormarsch der Wüsten, Autobahnen, Atomanlagen, Massenentlassungen durch Rationalisierungen, Lärm und Luftverschmutzung. Die Chance ist also da. Es kommt darauf an, sie nicht zu verspielen.

HARALD KANDLER

Kein AKW in Frankfurt-Fechenheim
Der Bauplatz ist BESETZT!

Am 8.6.1980 haben hundert Menschen, Frankfurter und Offenbacher AKW-Gegner/innen, das im Stadtortsicherungsplan (SSP) der hessischen Landesregierung vorgesehene Kraftwerksgelände im Mainbogen bei der Carl-Ulrich-Brücke in Fechenheim besetzt. Dieser Standort ist u.a. als möglicher Standort für zwei Atomreaktoren à 1300 MW vorgesehen. Mit der Besetzung protestieren wir gegen die brutale Räumung des Anti-Atom-Dorfes durch Polizei und BGS in Gorleben und gegen die atomaren Wahnsinnspläne der hessischen Landesregierung, in Hessen eine Wiederaufbereitungsanlage, Zwischenlager und vorerst drei Großkraftwerke – Atomkraftwerke sind bevorzugt – zu bauen.

Die Besetzung soll solange andauern, bis der Standort Fechenheim wieder aus dem Standortsicherungsplan gestrichen ist, und die langfristige Gestaltung des Mainbogens in einer breiten Diskussion von den Fechenheimer Bürgern bestimmt worden ist. Was vorläufig mit einem einfachen Zeltlager begonnen hat, soll im Laufe der nächsten Tage zu einem Anti-Atom-Dorf und Festgelände der Fechenheimer, Frankfurter und Offenbacher mit Freundschaftshaus und Informationszentrum ausgebaut werden.

Besucht uns auf dem Platz, spendet Material; Geldspenden sind ebenfalls willkommen.

Spendenkonto: Sparkasse 1822 Fechenheim, Frank Selig, Nr. 309009758.

Die Besetzer, die Bürgerinitiativen und alle, die keinen Atomstaat wollen.

Kontakt: BI Fechenheim, Tel. 621049, Umweltladen, Tel. 496205.

Und auch nicht in Borken

Auch in diesem Jahr soll in Wabern/Borken wieder ein Sommerlager stattfinden. Wir wollen dabei den Bauern der Gegend bei der Ernte helfen und so einiges über Land und Leute erfahren.

Das Lager soll Anfang August beginnen und bis Mitte September dauern. Wir suchen noch große Zelte zum Übernachten. Wer Lust hat mitzumachen, kann sich bei Manfred Ellenberger, Ziegelstr. 13, 3500 Kassel (Tel. 282642) oder Wolfgang Lunke, Frankfurter Str. 110, 3500 Kassel, (Tel. 282812) anmelden. Bitte macht das bis zum 1. Juli und schreibt mal, wozu ihr Lust habt. Im Juli bekommt ihr dann noch Post, wo genaueres drin steht.

Ihr könnt auch direkt bei den Vorbereitungen mitmachen: Montags um acht in der Werkstatt/Motzstraße.

Bild: taz

Radio Wendland

Auszüge aus dem Programm während der Räumung
Reden vom Dorfplatz (Wilhelm von Alemann)
"Liebe Freunde, ich bin gefragt worden, warum ich hier bin, warum ich mich hier hinsetze. Meine Kinder haben uns, meine Frau und mich, nach der Nazizeit gefragt, warum habt ihr das zugelassen, wie konnte das geschehen. Liebe Freunde, ich will mich nicht von meinen Enkeln noch einmal fragen lassen, warum habt ihr das geschehen lassen. Darum bin ich hier."
"Vielleicht muß noch dazu gesagt werden: das war ein älterer Mitbürger aus dem Landkreis; er geht am Stock und humpelt. Aber trotzdem ist er hierher gekommen und sitzt jetzt unter uns!"

Erklärung von Wolf Römmig (BI Lüchow-Dannenberg)

"Wir wollen jetzt, und das ist, glaube ich, eine wichtige Sache, die Diffamierungskampagne, die insbesondere von den Springerblättern gebracht worden ist über unsere Aktion hier, insbesondere die Kritik, und das ist auch im NDR II passiert, über unsere Türme hier, wo die bösartigsten Verleumdungen gemacht worden sind. Im Fernsehen, im NRD, haben sie behauptet, daß wir Kinder mit auf die Türme nehmen, um sie als Geiseln zu nehmen, solche Schweine sind das. Wir werden jetzt von den Leuten, die auf den Türmen sind, und deren Mut zu bewundern ist, daß sie das machen, weil es unheimlich entschieden ist, was sie hier machen, verlesen. Wir werden jetzt die Erklärung der Leute von den Türmen verlesen, damit diejenigen von der Springerpresse, die hier auch wieder rumlaufen, damit sie gucken können und nicht immer nur das schreiben, was sie gerne wollen.

Erklärung der Turmleute im Dorf 1004

In den letzten Tagen wurden in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen versucht, sich ein Bild von dem Widerstand der FRW zu machen. Daraus wurde oft ein Schreckensbild, das nachweislich aus Lügen besteht. So wurde behauptet, wir würden Kinder als Geiseln auf die Türme mitnehmen – 'Die Nordschau' vom NDR-Hannover: Es gibt ein Waffenarsenal – 'Bild', bewaffnete Truppen wären angereist – Radio NDR' usw.
Wir können diese ungestraften Lügen nur als Volksverhetzung verstehen, als Propagandatrommelfeuer, das brutale Polizeieinsätze vorbereiten soll ... Wir können nicht ausschließen, daß wir ohne Kontrolle der Öffentlichkeit eingemacht werden, deshalb begleitet uns zur Zeit der Räumung des Dorfes 1004 ein Fotograf von dpa als Zeuge auf dem Turm. Die Platzbesetzung ist für uns keine Spielerei. Wir kennen das lebensgefährliche Potential, das die Atomindustrie hier in die Salzstöcke versenken will. Wir wissen, daß damit die Existenz unserer Region bedroht ist. Wir haben die Hoffnung, daß mit unserer Platzbesetzung der Widerstand für das Leben und gegen die Todesindustrie Auftrieb erhält. Wir gehen ein Risiko ein, um das Restrisiko zu verhindern, das kein Leben in den Ruinen dieser Welt mehr zuläßt. Kämpft gegen die Atomindustrie, kämpft für das Leben!"

Einige Stunden später

"Es sind jetzt etwa noch 300 Leute auf dem Dorfplatz, die anderen sind schon alle weggeführt, es werden Leute getreten, eine Frau hat aufgeschrien, sie gehen überhaupt nicht sanft vor, es offenbart sich wieder der Terror, der hier von der Polizei im Landkreis ausgeht. Ich hoffe, daß es noch ausreicht, daß es noch weit rausgeht, damit wir euch weiter berichterstatten können, wie es etwa aussieht auf dem Platz. Die EMI-Gruppe ist jetzt vollständig abgeräumt, auch Walter Moßmann – sie sind alle weg ...

Es werden wieder Leute getreten, grade eben ist beobachtet worden, wie jemand an den Haaren weggezogen wird, einem anderen in den Magen getreten wird, ... es werden immer wieder Leute getreten, mit dem Stock geschlagen, es sind jetzt etwa noch 50 Leute, die noch da ruhig sitzen ...
Die Unterstützungsgruppe unter dem Turm hat sich zusammengekettet, sie stehen alle, nicht sitzend wie die anderen Leute vorhin, die vom Dorfplatz weggeführt wurden ... Wenn man sich das anschaut: mit schwarzen Lederjacken kommen sie, mit Hunden 1, 2, ... mit 8 Hunden kommen sie jetzt näher, es sieht so aus, daß sie jetzt gegen die Leute härter vorgehen werden ... Sie haben jetzt fast alle ihre Knüppel gezückt, sie versuchen sie jetzt auseinander zu zerren, sie fassen an die Kehle ... einige werden jetzt abgeführt, die anderen haben sich noch festgeklammert. Die Leute werden ganz brutal an den Halstüchern weggezerrt, teilweise die Luft abgewürgt. Da versucht gerade ein Polizist, einem Demonstranten in die Geschlechtsteile reinzuschlagen, reinzustoßen ..."

Stimme aus dem Megaphon: "Leute, ihr Polizisten, die Leute wehren sich hier passiv und ihr macht totalen Terror auf die Leute ... Hier seht euch mal an, Fotografen, hier wird grad einer zusammengeschlagen von Polizisten".

Radio Freies Wendland:

"Sie werden zusammengeschlagen, zusammengezerrt, man packt sie hinten am Kragen, es wird wieder getreten, es wird ihnen die Luft abgewürgt, da wird einer an den Haaren gezogen, es geht sehr hektisch zu ... Jetzt wieder genau unter dem Turm, wird getreten, da kann sich schon einer nicht mehr bewegen ... es ist zu bewundern, daß sich unsere Leute noch an das Konzept halten, sich nicht wehren, nicht zurückschlagen."

Megaphon vom Turm:

"Hier Einsatzleiter, was ist mit deinem Versprechen, du räumst die Leute passiv ab ... sagen Sie Ihren Leuten, sie sollen passiv abräumen und nicht so brutal, die Leute hier leisten einen passiven Widerstand, und die Leute lassen sich passiv abräumen, und die Leute wollen auch passiv abgeräumt werden ... Ihr könnt noch so viel zerstören, wir werden immer wieder neue Hütten und Dörfer bauen, und ihr werdet es einfach nicht schaffen, unseren Mut zu zerstören."

Bild: taz

Walter Moßmann: Lied vom Lebensvogel

Da, wo die Elbe raus kommt aus dem Zaun, der unter Strom steht und schießt;
Da, wo die Elbe 'n Zaun lang durch die grüne Stille fließt;
Wo hinterm Deich der Wald liegt; auf Wiesen stehen ein paar
Kühe rum mit Milchgesicht; auch Vögel sind noch da:
Der Wiedehopf, der Kranich und Familie Adebar;
Dort fahr ich hin und bin doch kein Tourist.

Ich bin auch nicht der erste, vor mir ist dort eine Bande zugereist,
Die auf der grüne Stille und die bunten Vögel scheißt,
Sehr feine Herren im Anzug mit Computer-Blick,
Für die ist alles Leben nur ein unbehauenes Stück,
Aus dem man blanke Münze schlägt, Zerstörung bleibt zurück,
Der Tod, der heutzutag 'Entsorgung' heißt.

So sing doch, Vogel, sing, daß Gorleben lebt,
Daß dort der Totengräber seine eigne Grube gräbt.

Ein Gift-Müll soll versteckt werden im Salz der Erde unter dem Land;
Und für die Gift-Fabrik braucht es ein leeres Land am Rand.
Die Mafia hat gebetet um ein' Boden ohne Wert.
Der liebe Gott hat das Gebet der Mafia erhört,
Sein Feuer hat paar Wälder hinter Gorleben zerstört –
Mein Gott, kam der gelegen, dieser Brand!

Der Rauch hat sich verzogen; kein Kläger und kein Richter ist nicht da.
So geht es eben, wenn der Biedermann Brandstifter war ...
Doch viele Leute haben den Zusammenhang geschnallt.
Wir trafen uns das erste Mal im verbrannten Wald
Und haben angeklagt die herrschende Gewalt,
Und Asche trug dann jeder heim im Haar.

So sing doch, Vogel, sing, daß Gorleben lebt,
Daß dort der Totengräber seine eigne Grube gräbt.

Liebe AKW-Gegner!
Wir sind eine österreichische AKW-Gruppe und werden jetzt wieder aktiv, da es Versuche gibt, eine neue Volksabstimmung über AKW herbeizuführen (die erste endete vor 1 1/2 Jahren mit dem Verzicht der Österreicher auf Kernenergie). Wir haben jedenfalls ein Anti-AKW-Stück gemacht, das wir ab Herbst in ganz Österreicht spielen werden. In dem Stück geht es um eine Familie: Der Vater vertritt einen Pro-AKW-Standpunkt und hat auch sonst die üblichen Vorurteile, die Kinder, das Mädchen 9, der Junge 13, stellen eben Fragen, wie Kinder sie stellen und stellen damit den Vater bloß. Die Mutter, die in den ersten Szenen nur Hausfrauenarbeit macht, wird langsam politisiert und fängt an, gegen AKW zu arbeiten. Das Stück ist lustig, und sagt trotzdem sehr viel aus.
Wir werden dieses Stück auch in der BRD aufführen, und zwar Oktober/November. Wir stellen uns das so vor, daß ihr uns den Anreiseweg zahlt (das kostet euch aber nicht viel, da wir ja in vielen Städten auftreten und das so planen, daß es möglichst billig wird), und daß wir bei euch irgendwie übernachten können (wir sind 6): Falls ihr Eintritt verlangt, hätten wir gerne einen Anteil, falls – was wir besser finden – der Eintritt frei ist, können wir ja Spenden sammeln. Spielen tun wir überall, drinnen und draußen.
Bitte schreibt uns sofort – da wir spätestens Mitte Juli die Route festlegen wollen! Teilt uns auch eure Vorstellungen mit, wie ihr das aufziehen wollt (eventuelle Terminwünsche, mehrere Vorstellungen).
Adresse: MICHAEL UNDORF, OBERSTEINERGASSE 11/2/3, 1190 WIEN, ÖSTERREICH

Bericht über das Tribunal gegen den § 218 und seine Konsequenzen für uns

Am Wochenende 31.5./1.6. fand in Frankfurt ein nationales Treffen gegen den § 218 statt (vgl. Artikel von Elke Schmidt: 'Tribunal gege den § 218' in: "links", April 1980).
Die Idee zu diesem Tribunal ging von einem bundesweiten Treffen verschiedener Frauen- und Beratungsgruppen aus ca. 30 Städten der BRD im November 1979 aus, auf dem über die derzeitige Handhabung des § 218 und die zunehmenden Angriffe auf die soziale Indikation diskutiert wurde. Eine Bilanz der letzten fünf Jahre, seit der 'Reformierung' des Paragraphen im Jahre 1975, macht deutlich, daß die Indikationenregelung kaum eine Verbesserung mit sich gebracht hat, sondern im Gegenteil, daß die erweiterten Möglichkeiten in vielerlei Hinsicht unterlaufen werden.
Um die Praxis des Paragraphen in der BRD zu verdeutlichen, wurden auf dem Tribunal 7 Anklagepunkte ausgewählt: Politiker, Medien, Ärzte, Kirche, Beratungsstellen, Pharmaindustrie und Krankenhäuser. Es ging aber dabei nicht darum, Extremfälle aufzuzeigen, sondern die ganz alltägliche vorhandene Praxis, mit der Frauen konfrontiert sind, wenn sie sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschlossen haben. Das ursprüngliche Konzept, Gutachterinnen bereit zu stellen, die dann über die Fälle befinden sollten, wurde dahingehend verändert, daß verschiedene Gruppen und Frauen ihr gesammelte Material der Tribunalöffentlichkeit darstellten.

Familienideologie und Bevölkerungspolitik

Unter den gebrächlichsten Argumenten, wie sie in der Diskussion um den § 218 zu finden sind, bekommen vor allem die moralisch-medizinischen einen immer größeren Stellenwert. Damit wird, gerade wenn man/frau das Problem im historischen und politisch-gesellschaftlichen Kontext betrachtet, die eigentlich entscheidende Macht nur allzu leicht aus den Augen verloren. Wie anders könnte es sonst zu erklären sein, daß immer dann besonderer Wert auf staatliche Kontrolle über Abtreibungen gelegt wurde, wenn Bevölkerungszuwachs von wirtschaftlicher, militärischer und sicherheitspolitischer Bedeutung war. Durch das scheinbar humane Argument von reaktionärer Seite werden einfach nur handfeste Interessen des bürgerlichen Staates verdeckt, der allerdings nie darauf verzichtet hat, sie dergestalt zu verschleiern.
Eng im Zusammenhang mit der Diskussion um die Entstehung und Anwendungspraxis des 'neuen' § 218 steht eine ideologische Kampagne, die das 'Aussterben der Deutschen' durch allzu niedrige Baby-Produktion beschwört. Zentrale Ängste zeigen sich in Debatten des Bundestages, die sich mit Abtreibung, Verhütung und Bevölkerungspolitik beschäftigen, bezüglich der Abnahme der nationalen und internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die sich dahinter verbergenden Interessen scheinen hauptsächlich darauf abzuzielen, ein Gleichgewicht zu erhalten in Bezug auf Konsumtion, Rentenversorgung bzw. Überalterung der BRD und militärischem Nachwuchs. Bezeichnenderweise bemerkt der konservative Psychologe Prof. Hofstätter dazu: "Zwischen den jungen Männern, die eine Ausbildung an der Waffe ablehnen, und den Frauen im gebärfähigen Alter, die kein Kind (mehr) haben wollen, besteht insofern eine gewisse Ähnlichkeit, als beide davon ausgehen, die staatliche Gemeinschaft bedürfe ihres Zutuns nicht, um weiter zu bestehen und zu prosperieren." (Welt, 29.10.79)
Funktional in diesem Zusammenhang ist die in letzter Zeit von Kirche und Staat wieder verstärkt propagierte 'Familienideologie'. In Zeiten von konjunkturellem und wirtschaftlichem Rückgang ist immer wieder die Tendenz zu beobachten, die Frauen aus dem Arbeitsbereich raus und an Heim und Herd, das heißt in ihre traditionelle Frauenrolle, zurückdrängt. Nicht zuletzt hängt dieses auch mit der Angst zusammen, daß die Familie, als elementare Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft durch die momentanen Entwicklungstendenzen (z.B. WG, single-Strömung) deutlich gefährdet zu sein scheint. Dem sollen Maßnahmen entgegen gesetzt werden, die ein 'Familienglück' verstärkt finanziell unterstützen, was direkt auf den Verzicht auf Berufstätigkeit für die Frau hindeutet. So fallen auch die 'Wurfprämien' für Familien sehr viel günstiger aus, als für ledige Mütter.
Insbesondere die Kirche hat durch die Form ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Einfluß auf diese Bestrebungen. Durch vielerlei Methoden versucht sie an ansozialisierte 'Frauengefühle' anzuknüpfen, indem sie zum Beispiel Broschüren mit Embryofotos verteilen, deren Alter aus gutem Grund gefälscht ist, um Schuldgefühle zu erwecken. Der Vergleich zu Auschwitz ist dabei nur eines von zahlreichen Beispielen, wo Abtreibung mit Mord gleichgesetzt wird.
Außerdem werden von ihr Emanzipationsversuche von Frauen, die u.a. mit Berufstätigkeit und Selbständigkeit verbunden sind, als Versuche verurteilt, sich der 'gottgegebenen Gemeinschaftsordnung von Ehe und Familie' zu widersetzen. Dies gewinn vor allem in den ländlichen Regionen des südlichen Deutschlands eine nicht unwichtige Bedeutung, so daß die Kirche in ihrer Bedeutung als wichtiger ideologischer Träger gegen die Selbstbestimmung der Frau nicht unterschätzt werden darf.

Die Praxis des § 218

Ein entscheidender Schwerpunkt des Tribunals lag darin, auf die 'wunderbaren/wundersamen Reformen' des Paragraphen mit all seinen 'Möglichkeiten und Chancen – einen Abbruch zu verweigern' aufmerksam zu machen. Das Tribunal war ein neuer Anlauf, um deutlich zu machen, daß der § 218 aus dem Strafrechtskatalog entfernt werden muß. 'Der § 218 als geltendes Recht ist selbst Unrecht, welches bekämpft und beseitigt werden muß.'
Als erster Punkt einer ganzen Litanei von Anklagepunkten ist dabei die 'Pflichtberatungspraxis' zu nennen, die von allen Frauen spätestens drei Tage vor ihrem Abbruch erledigt werden muß. Diese Frist hat zwei Funktionen:
- die Frau hat Zeit, es sich anders zu überlegen, ihre Entscheidung gerät durch die oft sehr moralische Beratung der vor allem kirchlichen Beratungsstellen leicht ins Wanken.
- Die Beratungsstellen sind überlaufen, so daß sie erst spät einen Termin bekommt (erst in der 12. Woche) und sie dann eventuell ihr Kind doch noch austrägt.

Zudem sind die Richtlinien für die **Beratungsstellen** in den einzelnen Bundesländern je nach der politischen Mehrheitsgesinnung so unterschiedlich, daß von einer 'Chancengleichheit' in keinster Weise geredet werden kann. Zum Beispiel werden die Berater(innen) in den CDU/CSU-regierten Bundesländern mit Durchführungs- und Richtlinienbestimmungen derartig einseitig festgelegt, indem sie darauf 'aufmerksam gemacht werden "der Schwangeren ihre Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Leben bewußt zu machen" (Baden-Württemberg), daß wohl deutlicher von 'Abratungsstellen' gesprochen werden kann. Gleichzeitig besteht das Problem – zum Beispiel in Baden-Württemberg, daß die fortschrittlicheren Beratungsstellen und Modellberatungsversuche der pro familia Ende 1980 auslaufen und keine Aussicht auf Weiterfinanzierung haben. Beratungen in Baden-Württemberg scheinen wohl danach immer deutlicher in einer Richtung zu verlaufen, wie es von Dr. Suse Hönes von der Beratungsstelle der pro familia Stuttgart dargestellt wird: "Ich merke sehr schnell, daß ich zwischen zwei Stühlen sitze. Ich will den Frauen gerecht werden, muß aber die Richtlinien des Landes Baden-Württemberg im Kopf haben ... Ich soll die Frau umstimmen, sie von ihrem Entschluß abbringen. Beratung heißt aber, jemandem helfen, seine/ihre eigene Entscheidung finden." (stern-serie, Febr. 1980, Nr. 12).
Positive Konzepte, wie der Modellversuch der pro familia Bremen, nach denen als eine soziale Notlage zu gelten hat, was "gegen die Bedürfnisse der Frauen spricht", stehen unter starkem offiziellen Druck und sind ständig Diffamierungen ausgesetzt (was sich aktuell erneut bewiesen hat durch den Brandanschlag in der Nacht vom 15.6. auf den 16.6.!).
Die Erfahrungsberichte in Frankfurt haben gezeigt, daß durch die 'Zwangsberatung' versucht wird, den Frauen eine Eigenverantwortung und Eigenentscheidung abzusprechen, und sie möglichst zum Austragen der Schwangerschaft zu überreden, obwohl von einer Expertenkommission des 'Deutschen Bundestages', die eingesetzt worden war, die Praxis des '1976 reformierten Paragraphen' zu überprüfen (abgeschl. im Febr. 1980) bereits festgestellt wurde, daß von den befragten Frauen nur 2% im Beratungsgespräch 'neue, bisher ungenannte' Gesichtspunkte erfahren haben. Dadurch wird deutlich, daß die betroffenen Frauen das Problem des Schwangerschaftsabbruchs bereits hinreichend durchdacht haben. Dennoch wird versucht, sie mit den 'großzügigen finanziellen Angeboten' davon zu überzeugen und sie moralisch unter Druck zu setzen (z.B. mit einer Antiabtreibungsprämie der Caritas von DM 4.000,--). Die Beratungen gehen zum Teil soweit, die äußerst jungen Mütter dazu zu bringen, das Kind auszutragen, um es hinterher zur Adoption freizugeben.

Die sogenannten Beratungsmethoden erfordern von daher ein immens hohes Selbstbewußtsein, um die eigene Entscheidung durchsetzen zu können.
Es ist also festzustellen, daß die Mehrzahl der Beratungsstellen in der BRD nicht bereit sind, die vorher getroffene Entscheidung der jeweils betroffenen Frauen anzuerkennen!
In den Anklagepunkten **Ärzte** und **Krankenhäuser** kam zum Ausdruck, daß selbst die minimalsten Erwartungen bezüglich medizinisch einwandfreier Behandlung und menschlichem Verständnis gegenüber den Patien(inn)en, bei abbruchswilligen Frauen in den meisten Fällen nicht erfüllt wurden. Sowohl privat praktizierende Ärzte, als auch im Krankenhaus tätige Ärzte nutzten die Notsituation und Abhängigkeit der Frauen aus, indem sie sie einzuschüchtern, zu demütigen oder zu diskriminieren versuchten. Da die Anzahl der Ärzte und Krankenhäuser, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, erheblich beschränkt ist – durch die Klauseln der Indikationsregelung, nach der eine Frau sich mit der Abtreibung an einen anderen Arzt wenden muß, als an den, von dem sie die Indikation ausgestellt bekam (in den meisten Fällen ist dies wohl der Hausarzt oder ihr Gynäkologe), wie durch Gewissensargumente (vgl. Baden-Württemberg: Tuttlingen, Biberach, Reutlingen), die den Krankenhäusern untersagen, Abbrüche aufgrund sozialer Indikation durchzuführen, und dadurch, daß seit Ende 1979 ambulante Abbrüche z.T. verboten sind –, wird diese Sitiation noch verschärft.
Die Unterdrückung beginnt bereits bei der Voruntersuchung, indem die Einleitung eines eventuellen Abbruchs hinausgezögert wird, z.B. dadurch, daß Schwangerschaftstests vollkommen nutzlos angewandt werden, denn erst nach dem 40. Tag nach der letzten Regel ist die Schwangerschaft wirklich festzustellen. (Duogynon/Cumorit sind keine Schwangerschaftstestmittel!). Weiterhin setzt sie sich fort in der Beratung über einen Abbruch selbst (wo wiederholt von den Ärzten moralischer und psychischer Druck ausgeübt wird), in der Frauen keinerlei Aussagen darüber bekommen, was mit ihnen gemacht wird, welche Medikamente sie bekommen und welche Auswirkungen diese haben etc.
Erschreckende Erfahrungsberichte konnten vor allem von der Stern-Redakteurin, Uta König, recherchiert werden. Aus Platzgründen wollen wir darauf nicht ausführlicher eingehen, sondern verweisen auf die von ihr zussammengestellten Sternreportagen. Nur auf eines wollen wir in diesem Zusammenhang hinweisen, nämlich darauf, daß, obwohl inzwischen die Absaugmethode als medizinisch einwandfreiste, sicherste und unproblematischste allgemein erprobt ist (im Ausland!), diese in zahlreichen Privatkliniken und Krankenhäusern der BRD in den meisten Fällen noch nicht angewandt wird. (Sie ist wohl noch nicht in die gynäkologischen Pflichtprogramme der Medizinerausbildung aufgenommen worden!)
Der Nachuntersuchungspflicht wird in der Mehrzahl der Fälle ebenfalls ungenügend nachgekommen: entgegen dem häufig postulierten Anspruch Leben zu schützen, scheinen die Ärzte dem Leben der Frau keine so große Bedeutung zuzumessen, fahrlässige Behandlung von Entzündungen führte in nicht wenigen Fällen bis zur Sterilisation!
Dies ist die eine Seite der Medaille, die andere zeigt sich darin, daß Ärzte, wenn es um Geld geht, nicht so zimperlich sind. Sie nützen also die Notsituation der Frauen schamlos aus, um Profit daraus zu schlagen. Nicht von ungefähr sind ambulante Abbrüche in Krankenhäusern verboten worden, bringt doch ein Klinikaufenthalt von mehreren Tagen um einiges mehr ein.
Im Anklagepunkt **Pharma** wurde deutlich, daß die Pharmaindustrie auf Kosten der Frauen herumexperimentiert, wobei auch hier nicht der Mensch, sondern der Profit im Vordergrund steht. Dies wird schon bei den Verhütungsmitteln, wie der Pille, deutlich, die trotz ihrer gesundheitlichen Folgen das Monopol bei der Verhütungspraxis hat. Wie verantwortungslos mit Medikamenten umgegangen wird, zeigt sich an den 'Pillenversuchen' in der Dritten Welt, wo die Frauen keinerlei Aufklärung darüber erhalten, was sie da zu sich nehmen oder noch schlimmer, daß sie sterilisiert werden.
Bei uns gewinnt bei diesen Experimenten vor allem ein Medikament besonders an Bedeutung: die Protaglandine, zu denen sämtliche Hormonpräparate zählen, wie Surostron oder Surprostin. Nachdem diese ursprünglich dazu konzipiert worden sind, bei sogenannten Risikoschwangerschaften auch noch in den fortgeschrittenen Monaten Abtreibungen vornehmen zu können, gibt es inzwischen zahlreiche Ärzte, aber vor allem Krankenhäuser, die Prostaglandine auch für Abbrüche in den ersten 12 Wochen verwenden. Aufgrund ihres ursprünglichen Anwendungsbereichs verursachen Prostaglandine übertrieben starke Wehenschmerzen (da ja die normale Wehentätigkeit nicht eingesetzt werden kann), die bei einem Schwangerschaftsabbruch in den ersten 3 Monaten zu Kreislaufstörungen, Schüttelfrost, Erbrechen, Übelkeit bis zu Todesängsten führen, und das bis zu 10/12 Stunden lang. (Auch von Todesfällen wurde gesprochen!)
Das Arzneimittelgesetz von 1978 besagt, daß eine klinische Prüfung von Medikamenten, die noch nicht zugelassen sind, nur nach vorheriger umfassender Aufklärung und bei persönlicher Einwilligung der Patient/inn/en durchgeführt werden kann. 1979 stellte eine Frau in Berlin, die mit Prostaglandine behandelt wurde und nicht über deren Tragweite informiert wurde, Strafanzeige gegen die behandelnden Ärzte in der Klinik Pulsstraße wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz. Daraufhin beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft 400 Karteien in der Klinik, was den Verdacht erhärtete, daß dort seit 1978 massenhaft Abtreibungen mit Prostaglandinen durchgeführt wurden. Gleichzeitig wurde Strafanzeige gegen die Firma Schering erhoben, die jedoch die Verantwortung auf die Ärzte abwälzte. Inzwischen **empfiehlt** die Bundesregierung Prostaglandine für die Abtreibung bis zur 12. Woche nicht mehr!
Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Ärzte, Krankenhäuser und Pharmaindustrie ineinander verflochten sind, was sich zum einen darin zeigt, daß sie alle profitorientiert arbeiten (vgl. Zusatzgelder für die Ärzte, keine ambulanten Abbrüche, marktorientierte Forschung), zum zweiten darin, daß ihnen Frauenfeindlichkeit gemeinsam ist (Frauen als Versuchskaninchen, keine Verhütungsmittelforschung für den Mann, Entmündigung der Frau) und zum dritten darin, daß zwar ständig der Schutz des ungeborenen Lebens propagiert wird, mit dem Leben und der Gesundheit der Frau jedoch in unverantwortlicher Art und Weise umgegangen wird (Nichterfüllung der minimalsten Erwartungen an ärztliche Versorgung, gesundheitsschädigende Verhütungsmittel und Abtreibungsmethoden ...).

§ 218 und Frauenbewegung

Das Tribunal hat erneut gezeigt, daß der § 218 eines der wesentlichen Momente der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau ist. Durch ihn wird der Frau die Verantwortung für bzw. die Entscheidung über eine Schwangerschaft entzogen. Selbstbestimmung, die formal dem bürgerlichen Subjekt zugestanden wird, nämlich Schutz der Privatsphäre, Unantastbarkeit der menschlichen Würde und Freiheit der persönlichen Meinung und Entscheidung, wird der Frau nicht ermöglicht. Verantwortung und Arbeit der Kindererziehung bleibt aber der Frau überlassen.
Daß der § 218 patriarchalischen Charakter hat, zeigt sich u.a. an den zahlreichen familienpolitischen und ideologischen Maßnahmen, mit denen versucht wird, die Frauen verfügbar und unmündig zu halten. Der wiederholt aufgetauchten Einschätzung des § 218 als Klassenparagraph können wir deshalb nicht zustimmen. Richtig ist sicher, daß der Paragraph Frauen aus unteren sozialen Bevölkerungsteilen noch stärker trifft mangels ihrer finanziellen und informellen Möglichkeiten als die privilegierten Frauen. Wir meinen aber, daß der Paragraph ein Herrschaftsparagraph ist, d.h. er betrifft alle Frauen und bedeutet die Enteignung des weiblichen Körpers bzw. die Fremdbestimmung über die weibliche Reproduktionsfähigkeit und nicht nur dies, sondern auch die Herrschaft über das weitere Leben von Frauen, wenn sie ein Kind haben.
Der Kampf gegen den § 218 geht von daher über die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen hinaus. Denn es geht nicht nur darum, ein Gesetz zu Fall zu bringen (bzw. als kurzfristiges Ziel, die gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen), sondern um die Selbstbestimmung der Frau, verbunden mit dem Kampf um eine andere lebenswertere, d.h. an anderen Normen und Werten orientierten Gesellschaft. Es geht also nicht nur um eine materielle oder soziale Notlage, die eine Frau zwingt, ihr Kind nicht auszutragen, sondern es geht darum, über eine Mutterschaft – ob überhaupt, über Häufigkeit und Zeitpunkt – selbst zu entscheiden, und zwar grundsätzlich. Betrachtet man/frau die Schwierigkeiten, die für eine Frau verbunden sind, wenn sie ein Kind will (oft heißt dies Aufgabe des Berufs, Kinder- und Mütterfeindlichkeit), wird deutlich, daß der Kampf um die Selbstbestimmung der Frau mit dem Kampf um eine andere Gesellschaft, eine andere Sexualität und andere Beziehungs- und Lebensformen unbedingt zusammengehört. Allgemein formuliert geht es darum, Bedingungen zu schaffen, die es, wenn frau will, ihr möglich machen (ein) Kind(er) zu haben, ohne von allen Seiten Restriktionen und Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Dem Abtreibungsverbot den Kampf anzusagen, heißt nicht nur, keine ungewollten Kinder bekommen zu müssen, sondern auch, sich gegen die traditionelle Frauen- und Mutterrolle zur Wehr zu setzen und ein gesellschaftlich neu definiertes Verhältnis zum Frau-Sein, zur Mutterschaft und Vaterschaft zu entwickeln.
Wenn wir uns daraufhin die verschiedenen

Strömungen innerhalb der Frauenbewegung und deren gegenwärtige Strategien im Kampf gegen die gesellschaftliche Unterdrückung und um die Selbstbestimmung der Frau ansehen, kristallisieren sich folgende Ansatzpunkte heraus.:

Ein Teil der Frauenbewegung, aber auch Frauen aus anderen Gruppen und Organisationen, z.B. Grüne Frauen, rufen gerade zum Gebärstreik auf. Dieser (befristet auf Dez. 1981) wird verstanden als Kampf gegen AKWs, gegen Kinder- und Mütterfeindlichkeit und Zerstörung der Lebensgrundlagen. Zugleich soll er das wichtigste Machtmittel der Frau, nämlich die mit der Gebärfähigkeit verbundene Sicherung des Fortbestands der Gesellschaft deutlich machen. Würde dieser Streik (über die Bezeichnung ließe sich noch diskutieren) von vielen Frauen ca. zwei Jahre durchgehalten, wären davon Frauenkliniken, Gynäkologen und Kindergärten existentiell bedroht – nicht zu vergessen die ausbleibenden Rekruten für die Bundeswehr.

Wir wollen dieses Mittel, die Macht der Frauen gesellschaftlich spürbar zum Ausdruck bringen, nicht überbewerten, zumal unserer Meinung nach der Aspekt der gesellschaftlichen Veränderung und die kritische Reflexion der Mutterrolle herauszufallen scheint. Zumindest ist es eine Möglichkeit, ihren Protest deutlich zu machen gegen die Zumutung, in diese kaputte und verseuchte Gesellschaft Kinder setzen zu sollen und gegen die gerade wieder in letzter Zeit verstärkte Festlegung auf Rolle und Funktion als treusorgende Mutter und Gebärerin. Die Ankündigung des Gebärstreiks hat in einigen politischen Kreisen schon große Verunsicherung hervorgerufen, was beweist, daß Kinderkriegen keine private Entscheidung ist. Ähnliche Reaktionen waren auch bei dem indirekten Gebärstreik, dem sogenannten Pillenknick, zu verzeichnen – die daraufhin verstärkt erfolgten familienpolitischen Maßnahmen sprechen für sich.

"Frauen für Frieden", eine Bewegung, die von skandinavischen Frauen initiiert wurde und langsam auch auf die BRD übergreift. Diese Frauen, die gegen Krieg und Aufrüstung mobilisieren, kämpfen so für die Selbstbestimmung, indem sie dagegen protestieren, ständig Kanonenfutter produzieren zu müssen.

Die Lesben haben einen anderen Weg eingeschlagen – sie bekennen sich zur Homosexualität und versuchen, diese öffentlich zu machen, wobei sich ihre Strategie vor allem auf die Zerstörung der patriarchalischen Strukturen reduziert.

Ein anderer Teil der Frauenbewegung hat die Mütterlichkeit/Mutterschaft und neue Weiblichkeit zu ihrem Hauptthema gemacht. Deutlich wird dies an zahlreichen Veröffentlichungen zu Mutterschaft, Mutter-Kind-Beziehung, Weiblichkeit als Stärke und dem Wunsch vieler Feministinnen, Kinder zu bekommen bzw. zu haben.

Diese Tendenz beinhaltet teilweise den Rückzug auf sich selbst ohne Reflexion der gesellschaftlichen Situation. Dahinter steht die Vorstellung, daß nur die Frauen qua ihrer positiven Eigenschaften die Gesellschaft verändern können. Dem männlichen Prinzip als zerstörerischem, aggressivem wird das weibliche als das Leben erhaltende gegenübergesetzt. Die weiblichen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Mütterlichkeit, Passivität sollen jetzt als Stärke, als gesellschaftsverändernde Kraft eingesetzt werden.

In dieser Auffassung, die damit auch das Problem der Abtreibung tendenziell ausspart, liegt jedoch die Gefahr – jetzt freiwillig –, die traditionelle Frauen- und Mutterrolle zu akzeptieren und so reaktionären Kräften in die Hände zu arbeiten bzw. ihnen für bestimmte familienpolitische Maßnahmen Vorschub zu leisten. Dieser Weg zur Selbstbestimmung ist u.E. sehr problematisch – die Möglichkeit, daß er auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird, ist sehr groß!

Die relativ geringe Beteiligung von organisierten und autonomen Frauen am Kampf gegen den § 218 liegt u.E. an der weit verbreiteten individuellen Lösungsstrategie. Frauen, die eine Abtreibung hinter sich haben, wenden ihre Erfahrungen nicht aktiv in den Kampf gegen den Paragraphen, sondern versuchen, diese möglichst schnell zu vergessen. Frauen, die noch keine Abtreibung hatten, grenzen den Bereich von Sexualität, Verhütung etc. aus dem Bereich der Politik aus und machen diesen zur Privatangelegenheit. Wir müssen aufpassen, daß wir unsere Entscheidung, uns am Kampf gegen den § 218 zu beteiligen, nicht nur von unmittelbarer eigener Betroffenheit abhängig machen. Denn wie wir oben ausgeführt haben, geht es ja um die Selbstbestimmung der Frau und um eine andere Form von Leben, die wir entwickeln wollen. Gerade deswegen ist eine Beteiligung möglichst vieler Frauen wichtig!

Trotz ihrer Heterogenität hat die Frauenbewegung insgesamt an Bedeutung gewonnen, sowohl für die Frauen selbst als auch für die Männer (allein schon daran festzumachen, daß sie immerhin von den Genossen in letzter Zeit in die Reihe relevanter sozialer Bewegungen eingeordnet wird!). Die begonnenen Emanzipationsversuche, wie ein sich langsam veränderndes Frauenbild, das Eigenständigkeit, Berufstätigkeit, Heraustreten aus der Privatheit anstrebt, ein verändertes Verhältnis zur Sexualität und zum weiblichen Körper, vom Ideal der Familie abweichende Formen von Zusammenleben, sind zum großen Teil der Frauenbewegung zuzuschreiben. (Andere wichtige Faktoren, die dabei eine Rolle spiel(t)en, sollen hier unerwähnt bleiben.)

Die von der Frauenbewegung aufgezeigten und zum Teil auch durchgesetzten Alternativen beinhalten positive Elemente: so wurde angefangen, bislang Brachliegendes sich (wieder) neu anzueignen; sei es die eigene Geschichte als Geschichte von Frauen aufzuarbeiten und somit Geschichte nicht mehr nur als eine von Männern gemachte und geschriebene zu begreifen, sei es Sexualität, Verhütung, das Verhältnis zum eigenen Körper neu zu bestimmen und nach anderen Formen und Mitteln zu suchen (Selbsterfahrungs- und Selbstuntersuchungsgruppen, Frauengesundheitszentren usw. ...).

Die Einrichtung selbstorganisierter Projekte durch die Frauenbewegung birgt jedoch auch die Gefahr in sich, im öffentlichen bzw. staatlichen Interesse instrumentalisiert bzw. integriert zu werden. Wir denken z.B. an Frauenhäuser, durch die 'soziale Marktlücken' gefüllt werden und die die institutionelle Sozialarbeit ergänzen, ohne daß dies von den Frauen beabsichtigt ist (auch die CDU plädiert inzwischen für Frauenhäuser!). Hinzu kommt, daß die Frauenbewegung, die sich zum großen Teil aus Frauen, die in sozialen Berufen tätig sind, zusammensetzt, sehr oft unbezahlte (Sozial-) Arbeit leistet: in Beratungsstellen, -gruppen und Frauenhäusern. Schon einmal wurde das politische Potential der Frauenbewegung kanalisiert (und zwar durch und in die Sozialarbeit) durch das Festlegen der Frauen auf ihre Weiblichkeit. Um diese Fehler nicht zu wiederholen, ist es u.E. notwendig, sich ein Bewußtsein über die eigene Geschichte anzueignen und sich bestimmten Strömungen in der Frauenbewegung (vor allem der neuen Weiblichkeit) kritisch gegenüber zu verhalten.

N.N.

Kleinanzeigen

(1/6) **"Video-Magazin Nr. 18/19-1980,** Bürger-Medium Video? Aus dem Inhalt: ● W. Uka, 'Video did not kill the media-workers' (Zur Geschichte des Medienladens Hamburg) ● G. Roscher, Gibt es eine Krise alternativer Medienarbeit? ● G. Gauthier, Die Militanten: 10 Jahre Fieber und Wunschträume (Ein Resumee der Video-Bewegung in Frankreich) ● Arbeiter machen Fernsehen (Bericht d. Videogruppe Graz) u.a. Einzelheft DM 4,--. Bestellungen an: Video-Magazin, Nerstweg 32/34, 2 Hamburg 50 (Einzelpreis + Porto)"

(2/6) Eine kritische Analyse **pädagogischer Aktivitäten** deutscher Institutionen **in den Entwicklungsländern** liegt jetzt zum Autorenpreis von DM 20,-- vor: Joachim Dabisch: Pädagogische Auslandsarbeit der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt, 258 S., Saarbrücken 1979; zu bestellen bei: J. Dabisch, Postfach 1242, 2960 Aurich 1 oder durch Überweisung von DM 20,-- auf PSchA Hannover 81513.302.

(3/6) **AFGHANISTAN** – eine Dokumentation. Stellungnahmen – Interviews – Aufsätze – Zitate – Dokumente und Bilder. Mit einem längeren Beitrag von Christian Sigrist. Auf 130 Seiten dokumentiert ein parteipolitisch unabhängiger Verband der Arbeiterbewegung die Krise in Afghanistan. Neben einer breiten Darstellung der verschiedensten Stimmen und Meinungen auch eine theoretische Abhandlung des "Rechtes auf Selbstbestimmung der Nationen" bei Lenin.
130 Seiten, DM 7,-- (+ 2,-- Versand) ISPN 3-87237-024-3, Verlag Hubert Freistühler, Schwerte/Ruhr. Bestellungen: Deutscher Freidenker-Verband NRW, Uellendahler Str. 81, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/507585

(4/6) **'Faschismus':** In dieser Broschüre wird in kurzer Form auf die Ursachen und die Politik des deutschen Faschismus eingegangen sowie ausführlicher auf den antifaschistischen Widerstand. Die beiden Teile der Broschüre: 1. Ursachen und Politik des deutschen Faschismus und 2. Der deutsche antifaschistische Widerstand, gibt es auch in Form von zwei Kassetten. Preis der Broschüre: DM 5,-- als Einzelstück; bei Abnahme von fünf und mehr DM 4,-- pro Broschüre. Preis der Kassetten: DM 20,-- für beide Teile. Zu bestellen über: Theorie und Praxis Verlag, Ohlsdorferstr. 73 B/ 2000 Hamburg 60 oder: Brigitte Dottke, Eimsbütteler Str. 45 a, 2000 Hamburg 50

(5/6) **Arbeitskreis Bildung.** Anfang Januar erschienen: Programmatische Erklärung des Arbeitskreises Bildung: "Was Schule ist – und wie man sich in ihr verhält."(Mit einem Aufruf zur Mitarbeit) zu beziehen gegen Vorauszahlung von DM 2,80 in Briefmarken an G. Haack, Reinhäuser Landstr. 96, 3400 Göttingen oder auf das Postscheckkto. Hannover 483 13-305.

(6/6) **Gegen AKW und Polizeistaat – Video-Film.** Zur Geschichte der AKW-Bewegung und der Versuche, sie zu kriminalisieren – seit Wyhl/ Originalszenen vom 19.3.77 aus Grohnde/Grohnde-Prozesse/Interview mit Christian, einem der Grohnde-Verurteilten, aus dem Exil/Infos zur Amnestie-Kampagne. VCR Kassette, 1/2 Zoll, schw/w., 40 min. Über: Anmestie-Initiative, S. Haenisch, Grimmstr. 8, 3000 Hannover, Tel. 0511/803065, gegen DM 20,-- + 2,30 Porto per Nachnahme.

(7/6) **Kultur-Info 4 des jungen forum erschienen!** Als stattliches Bändchen (im Format A5), Auflage: 18.000) legt das junge forum sein 4. Kultur-Info vor: es enthält Adressen, Kurzbeschreibungen und Gagenforderungen engagierter Künstler und Gruppen aus den Bereichen Musik, Theater und Film – ein unentbehrliches Kompendium für Veranstalter, Jugendzentren, Organisationen, Bürgerinitiativen, die politische Kulturarbeit betreiben: Allein im Bereich Musik dürfte es gegenwärtig in der Bundesrepublik keine Zusammenstellung geben, die derart umfassend informiert. Das Kultur-Info kostet 8,-- DM. Bestellungen und Überweisungen an: Ruhrfestspiele Recklinghausen GmbH, 4350 Recklinghausen, PSA Essen, Konto-Nr. 64287-438 (keine Briefmarken schicken!).

(8/6) **Schwarzer Faden** – Anarchistische Vierteljahresschrift. Wir verstehen uns als Diskussionsforum verschiedener, auch widersprüchlicher anarchistischer Positionen. Erscheint seit Mai 80, 44 Seiten, DM 3,50 incl. Porto. Abo. DM 10,--. Erhältlich bei: F. Kamann, ob. Weibermarktstr. 3, 741 Reutlingen

z.B. die Leute für 2-3 Tage übernachten können, alles auf Selbstkostenbasis und No-Profit. Schreibt an: KRAKE, Schleißheimerstr. 90, D-8 München 40. Mit genügend Rückporto kommt die Liste der Orte mit Wohnmöglichkeit ins Haus. Wer DM 2,-- auf unser Konto zahlt, bekommt eine Metalldruck-Karte mit unserem Zeichen (12 x 8 cm). Das oben rechts in der Winschutzscheibe anzeigt, daß ihr andere im Auto, Helikopter etc. mitnehmt. Unkosten & Spendenkonto Stadtsparkasse München, BLZ 701 500 00, Konto-Nr.: KRAKE 903-152023

(10/6) Suche **Spiegel** Jahrgänge 1969-1975 mögl. komplett Harald Meissner, Mozartstr. 3, 32 Hildesheim, Tel. 05121/82533

(11/6) **Verkaufe** politische und sozialwissenschaftliche Literatur, Erzählungen, englische Bücher. Liste gegen internationalen Antwortschein bei: Gerhard Elsigan, Quellenweg 20, A-4203 Altenberg

(12/6) **Verkaufe** jeweils mehrere Ausgaben der "links" 1974: Nr. 51-61 und 1975: Nr. 63-67. Gerd Wulf, Grosswolder Str. 152, 2957 Westoverledingen

(13/6) Zur Vorbeitung einer Seminarreihe zum Thema **"Gewerkschaften und Entwicklungspolitik"** suchen wir: Literaturhinweise/Unterrichtsmaterialien/Kontakte. Kopier- und Portokosten werden erstattet. Programm bitte anfordern. AKE-Bildungswerk, Zweigstelle Bielefeld, Willi Rehfeld, Hönerfeld 1, 4800 Bielefeld 16, Tel.: 0521-761419

(9/6) Wir haben **Adressen** im In- und Ausland: Stadt-, Landwohnungen, Bauernhöfe, Second-Hand-Shops, Arbeitskollektive und bald mehr. Wir suchen solche Adressen in eurem Bereich, wo

Alternative Wirtschaftspolitik?

Kurzschlüssige Ratschläge für gewerkschaftliche Strategien

Der folgende Beitrag unternimmt eine grundsätzliche Kritik der in den Memoranden zur alternativen Wirtschaftspolitik angezielten Strategie. Die Verfasser vertreten die Auffassung, daß diese vor allem an zwei Dingen krankt: Vernachlässigung der Weltmarktverflechtung der Bundesrepublik und Beschränkung auf eine linkskeynesianische ökonomische Programmatik, die es versäumt, die politischen Konsequenzen einer durch sie selbst mitproduzierten Krisenentwicklung zu berücksichtigen. Der Beitrag wurde von den Verfassern für die "Mitteilungen" des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften geschrieben. Die Redaktion hatte sie dazu aufgefordert, lehnte aber dann einen Abdruck ab. Wir bringen ihn hier in einer gekürzten Fassung. Den Hintergrund ihrer Argumentation haben die Verfasser in der "links"-Sondernummer (Nr. 122) skizziert. D. Red.

Aufgrund ihrer Weltmarktexpansion ist die Bundesrepublik zur "zweiten ökonomischen Supermacht" mit dem drittgrößten Bruttosozialprodukt, Außenhandelsüberschüssen und Währungsreserven der kapitalistischen Welt aufgestiegen.

Diese starke Weltmarktposition beruht auf einer besonderen Sektoren- und Branchentechnik: Anlagenbau und Systemplanung, Maschinen-, Elektrotechnik-, Fahrzeugbau- und Chemieindustrie. Entscheidend für deren Spitzenposition in der internationalen Konkurrenz ist ihre wechselseitige Verflechtung, die eine quasi-monopolistische Position bei der Erstellung schlüsselfertiger Anlagen bzw. kompletter Ausrüstungen schafft.

Die direkte wie indirekte Internationalisierung von Produktion und Austausch, Umsatz und Beschäftigung konzentriert sich vorrangig auf einige wenige zentrale Wirtschaftszweige. Die Profit- und Expansionsstrategien dieser Sektoren bestimmen die Logik des Systems, d.h.: fortwährende Erneuerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit, absoluter Vorrang der Außen- vor der Binnenwirtschaft, des Exports vor dem Verbrauch, der Lohn- und Preisstabilisierung vor kaufkraftgeschütztem Wachstum und des Modernisierungs- vor dem Beschäftigungsinteresse. Die inländischen Produktionsstrukturen und Arbeitsprozesse, Beschäftigungsniveaus und Qualifikationsmuster, Arbeits- und Lebensbedingungen erscheinen nur noch als abgeleitetes Nebenprodukt der Internationalisierungsstrategien des Weltmarktsektors.

Gewerkschaftliche Strategien

Die deutsche Gewerkschaftspolitik wird in entscheidendem Ausmaß von diesem Weltmarktzusammenhang bestimmt. Dabei gibt es "Gewinner" und "Verlierer". Während die internationale Spitzenposition der deutschen Maschinen-, Elektro- und Chemieindustrie bisher nicht nur hohe Profite, sondern – im nationalen Vergleich – überdurchschnittlich hohe Löhne und Sozialleistungen sowie geringere Arbeitsplatzverluste ermöglichte, müssen sich die Beschäftigten der traditionellen Konsumgüterindustrien (Textil/Bekleidung, Leder-, Holz- und Kunststoffverarbeitung, Schuhindustrie) wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit und steigendem Importdruck mit höheren Arbeitsplatzverlusten und niedrigeren Löhnen abfinden.

Entsprechend unterschiedlich reagieren die betroffenen Gewerkschaften. Am defensiven Ende der Skala finden sich Vorschläge wie Protektionismus, Verbot der Auslagerung von Produktionsstätten, Unterstützung höherer Löhne und besserer Arbeits- und Lebensbedingungen in Niedriglohn-Ländern, Sozialsteuern auf reimportierte Waren (IG Textil/Bekleidung); am offensiven Ende wird gefordert: Ausbau des Exports, Ablehnung jeglicher protektionistischer Maßnahmen und (widerwillige) Hinnahme von Produktionsverlagerungen (IG Chemie; IG Metall). Aufgrund der ökonomisch beherrschenden Stellung der "offensiven" Branchen sowie der vom "Modell Deutschland" ebenfalls (mehr oder weniger) profitierenden öffentlichen und privaten "Dienstleistung"-Gewerkschaften (ÖTV, Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen) ist das interne gewerkschaftliche Kräfteverhältnis im DGB von der Vorherrschaft des exportorientierten und antiprotektionistischen Kurses bestimmt, das deshalb anhand der IG Metall-Politik etwas ausführlicher dargestellt werden soll.

Die Devise heißt: Erhaltung und Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine innovationsfördernde aktive Struktur- und Technologiepolitik, Erhöhung des "Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmerschaft nach dem Konzept 'lebenslanges Lernen'; "Spezialisierung auf wachstumsintensive Industriezweige" (Loderer). Weil man den deutschen Unternehmen nicht so recht traut, diese internationale Wettbewerbsstrategie konsequent voranzutreiben, fordert die IG Metall gleichrangige Kooperation und Partizipation von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften durch betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung (Strukturräte und Investitionslenkung). Dabei geht die IG Metall sogar so weit, den eigenen Mitgliedern die Notwendigkeit sozialer Härten bei diesem Strukturwandel plausibel zu machen, die kurzfristig durch Übergangsbeihilfen und Umschulung und längerfristig durch Arbeitszeitverkürzung abgeschwächt/vermieden werden sollen. Erst von daher ist der Stellenwert der "neuen" Tarifpolitik, d.h. der Besitzstandssicherung mittels Absicherungsverträgen zu bestimmen.

Die von den Gewerkschaften mitgetragene expansive Ausrichtung des Industrie- und Finanzkapitals auf eine zunehmend integrierte internationale Produktion und wachsendes Engagement auf den internationalen Finanzmärkten hat bisher den Lohnabhängigen durchaus auch Vorteile gebracht. Jedoch vermag die außenwirtschaftliche Expansionsstrategie immer weniger, die von ihr verursachten binnenwirtschaftlichen Folgen und krisenfördernden weltpolitischen Implikationen ökonomisch, politisch und sozial aufzufangen. Ihr Scheitern ist vorprogrammiert (vgl. "links" Nr. 122).

"Alternative Wirtschaftspolitik": Die Memoranden '78 und '79

Die immer sichtbarer werdenden ökonomischen Kosten und politischen Risiken haben innerhalb der deutschen Gewerkschaften zu Überlegungen geführt, wie man durch alternative wirtschaftspolitische Strategien den Zwängen des "Modell Deutschland" entgehen könne. Damit hat auch in der Bundesrepublik eine **Diskussion** begonnen, die in anderen westeuropäischen Ländern aufgrund einer größeren Krisenbetroffenheit und der Existenz "linker" Bewegungen bereits Tradition hat. Sie schlägt sich in verschiedenen Vorschlägen "kritischer" Wirtschaftswissenschaftler nieder. Ihnen allen ist gemein, daß sie 1. in linkskeynesianistischer Tradition über die Steigerung der **Massenkaufkraft** auf dem Binnenmarkt Vollbeschäftigung sichern bzw. wieder herstellen wollen; 2. die zentrale Bedeutung der **Weltmarktverflechtung** des deutschen Wirtschaftssystems vernachlässigen; 3. endlich von dieser rein ökonomisch angelegten Strategie wesentliche **politische Veränderungen** erhoffen.

Dagegen lassen sich Einwände vorbringen, die exemplarisch an den Memoranden "Alternativen der Wirtschaftspolitik" 1978/79 dargestellt werden sollen.

Die "alternative Wirtschaftspolitik" verfolgt eine "Stärkung des Binnenmarktes" durch die Erhöhung der Massennachfrage und die Erwei-

dokumente aus wiens psychiatrie (f. bayer, toni m.): steinhof, steinhof, mach's türl auf!
heidi pataki: der dichter in der klinik
jana david: prager frühstück
günther nenning: sankt sartre
f. geyrhofer: maoistenfinish
michael siegert: südtiroler watschentänze

juli/august 1980

FORVM

An FORVM A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM/sfr. 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft ☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr. 48 (☐ Student öS 240 DM/sfr. 36 / Nachweis!) / Diese Anzeige fand ich in:
NAME ADRESSE

terung der Staatsnachfrage vor allem in dem Bereich der sozialen Infrastruktur. Gleichzeitig soll durch diese Politik der "Drang auf die Auslandsmärkte" abnehmen, "die Gefahr nationaler Alleingänge und einer internationalen Desintegration" gebannt und eine der "Wohlfahrt aller verpflichtete(n) internationale(n) Arbeitsteilung" fortentwickelt werden. Mit diesen Postulaten wird also die These vertreten, daß es "im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems" möglich sei, die ökonomische Struktur umzupolen: Abkehr von der Schlüsselstellung der Exportsektoren und Hinwendung zum Binnenmarkt, ohne die weltwirtschaftlichen Verflechtungen durch eine scharfe Kontrolle der Außenbeziehungen zu stören. Zur Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke sei allein erforderlich, die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland, den Kapitalexport für Direktinvestitionen mit beschränkenden Auflagen zu versehen, langfristige Rohstoffabkommen mit Entwicklungsländern abzuschließen und die Entwicklungshilfe zu erhöhen.

Textilfabrik in Ägypten

Entgegen diesen Annahmen würde eine Realisierung der "alternativen Wirtschaftspolitik" **im Rahmen** des bestehenden Wirtschaftssystems zu einer die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung verschlechternden Wirtschaftskrise führen, wenn sie nicht in eine politische Strategie eingebunden ist, die den Bruch mit dem bestehenden Wirtschaftssystem anvisiert und ihn je nach konkreten Erfordernissen zur Überwindung der ausgelösten Krise Zug um Zug vollzieht.

Erhöhte Massenkaufkraft – steigende Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des Auslands

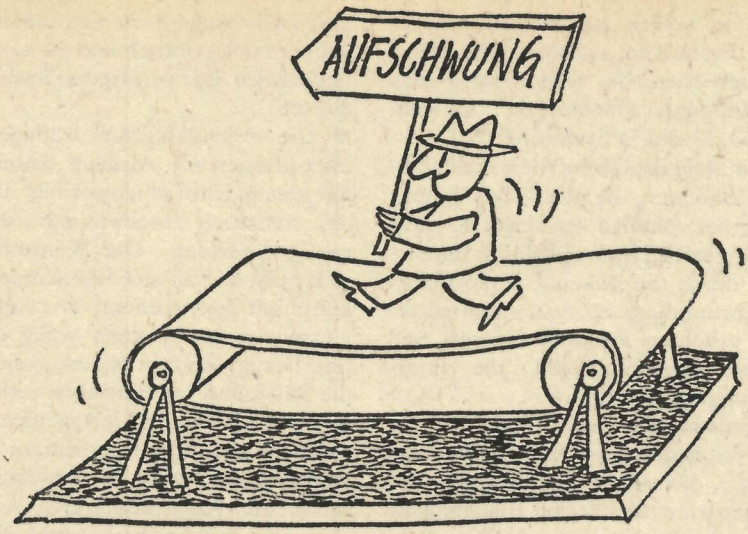
Zunächst ist festzustellen, daß die Massenkaufkraft in einem erheblichen und wachsenden Umfang als Nachfrage auf Auslandsmärkten wirksam wird. Zahlreiche Produktionszweige der Konsumgüterbranchen befinden sich bereits zum größten Teil im Ausland; andere Zweige sind dabei, die Produktion zu internationalisieren. Die beschäftigungsintensive Textil- und Bekleidungsindustrie wird trotz ihrer Strukturanpassung in den 70er Jahren nach Schätzungen der europäischen Gemeinschaft in den 80er Jahren noch einmal über 50% der Arbeitsplätze aufgrund der wachsenden Importkonkurrenz aus den Entwicklungsländern, aber auch und gerade aus den USA und den RGW-Ländern entweder aufgeben, wegrationalisieren oder ins Ausland verlagern. Darüber hinaus wird ein wachsender Teil der zusätzlichen Einkommen für Ferien im Ausland benutzt werden. Schließlich wird auch die Nachfrage nach Benzin zunehmen, um das Auto bei größerer Freizeit und gestiegenem Einkommen besser zu nutzen. Kurz zusammengefaßt: Die Erhöhung der Realeinkommen führt zu einem Importsog bei Konsumgütern und Erdöl und zu einer erhöhten Inanspruchnahme von ausländischen Dienstleistungen. Die Wirkungen ziehen weitere nach sich:

- Die Verstärkung der **Importkonkurrenz**: Für die heimische Konsumgüterindustrie steigt besonders in den arbeitsintensiven Industriezweigen der Kostendruck durch die starken Lohnerhöhungen und Abgaben an den Staat. Die Preise der im Inland hergestellten Waren werden entsprechend anziehen. Die erhöhte Massennachfrage wird sich verstärkt auf die relativ billigeren Importprodukte konzentrieren. Die inländische Industrie wird daher Marktanteile verlieren, sich noch stärker spezialisieren und allein für den "gehobenen Bedarf", im wesentlichen den Luxuskonsum, produzieren.
- Der Importsog hat **inflationistische Auswirkungen**: Die durch Lohnerhöhungen, Abgaben und anziehende Rohstoff- und Energiekosten tendenziell abnehmenden Renditen werden durch Preissteigerungen zu halten versucht; das Wachstum der ohnehin schnell steigenden Energiepreise wird durch die Nachfrage aufgrund der Ausdehnung des Massenkonsums und der Freizeit zusätzlich stimuliert; eine starke Erhöhung der Importpreise kann vor allem bei jenen Produktgruppen erwartet werden, die nur noch im Ausland hergestellt werden (Import der Inflation des Auslands).
- **Negative Beeinflussung der Leistungsbilanz** und des **Außenwerts** der DM: Das sprunghafte Anwachsen der Importe von Gütern und Dienstleistungen wird die ohnehin schon defizitäre Leistungsbilanz weiter verschlechtern. Dies wird zu einer tendenziellen Abwertung der DM und damit einer zusätzlichen Anhebung der Importpreise und des inländischen Kostenniveaus führen. Wegen der bereits vorhandenen hohen Importabhängigkeit für Rohstoffe und lohnintensive Konsumwaren und Zwischenprodukte, deren Herstellung bereits ins Ausland verlagert wurde, und des ansteigenden inländischen Kostenniveaus wird die Nachfrage nach Importen auch durch deren zusätzliche Verteuerung durch Paritätsveränderungen kaum betroffen; zumindest solange wie die Löhne real steigen.

Erhöhte Massenkaufkraft – abnehmende internationale Konkurrenzfähigkeit

Die Bundesrepublik exportierte 1979 etwa 27% des Wertes des Bruttosozialprodukts. Es muß von einer **strukturellen Dominanz** des Exportsektors gesprochen werden. Die Binnenmarktstrategie begeht einen großen Fehler, wenn sie diese Kennziffer negativ liest, etwa in der Weise, daß der Binnenmarkt 73% des BSP (Bruttosozialprodukt) umfasse. Eine solche Betrachtung vernachlässigt nicht nur alle **indirekten** Effekte des Exports – so kann man davon ausgehen, daß ca. 50% der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie direkt und indirekt vom Export abhängen –, sondern läßt auch die Sektoren- und Branchenstruktur und den Internationalisierungsgrad der deutschen Ökonomie unberücksichtigt. Die Dynamik des Akkumulationsprozesses hängt einseitig vom Export ab. Eine stagnierende Exportkonjunktur läßt sich nicht durch eine Erhöhung der Massennachfrage und der Staatsausgaben im sozialen Bereich auffangen, allenfalls temporär in ihren depressiven Auswirkungen mildern:

- Mit den Exporten müssen die **Importe letztlich bezahlt werden.** Die Importquote beträgt gegenwärtig etwa 25%. Sie wird selbst im Rahmen der Exportstrategie schon wegen der schnell steigenden Energie- und Rohstoffpreise weiter zunehmen.
- Für die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Ökonomie sind aufgrund der hohen Importabhängigkeit **günstige Außenhandelsrelationen ein wesentlicher Faktor.** Damit die Exportpreise mindestens ebenso schnell wie die Importpreise wachsen können, sind monopolistische Konkurrenzvorteile bei technologischen Spitzenprodukten erforderlich. Nur dann ist es möglich, pro exportierter Werteinheit eine gleiche oder zunehmende importierte Werteinheit zu erhalten. Billig verdiente Importe – möglichst über einen steigenden Außenwert der DM – erlauben, den inländischen Inflationsdruck zu reduzieren, das Kostenniveau zu senken, die Lohnsteigerungen geringzuhalten und damit die internationale Konkurrenzfähigkeit von der Kostenseite her zu vergrößern.
- Die starke Weltmarktposition der Bundesrepublik beruht ökonomisch wesentlich auf ihrer besonderen **Sektoren- und Branchenstruktur.** Im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Ökonomien haben der Industriesektor und in ihm der Investitionsgütersektor ein besonderes Gewicht. Der Export der Bundesrepublik ist auf Branchen konzentriert, die dem Produktionsmittelsektor zugehören. Für diese Branchen und teilweise hochspezialisierten Industriezweige, deren Weltmarktanteile bis an die 100% reichen, ist der Binnenmarkt zwar nicht unwesentlich, aber zur Auslastung der Kapazitäten viel zu klein. Bei vielen Warengruppen wird nahezu die gesamte Produktion exportiert. Die auf Investitionsgüter spezialisierte Exportstruktur hat zur Folge, daß die Produkte dieses Sektors bei nachlassender Weltmarktnachfrage bzw. bei sinkender Konkurrenzfähigkeit nicht oder nur zu einem ganz



geringen Teil auf den Binnenmarkt umdirigiert werden können. Darüber hinaus hängt die konjunkturelle Entwicklung und das Wachstum der Gesamtwirtschaft von den **Investitionen** zur laufenden Modernisierung, Rationalisierung und Erweiterung des Exportsektors ab. Sie werden wegen des außerordentlich hohen Kapitaleinsatzes natürlich nur dann vorgenommen, wenn profitable langfristige Absatzchancen erwartet werden. Ein Nachlassen der Exportproduktion wirkt sich sofort und in noch stärkerem Maße auf die Investitionskonjunktur aus. Der Versuch, die Produkte des Investitionssektors zur Modernisierung und Erweiterung des Exportsektors auf dem Binnenmarkt abzusetzen, muß, wenn einmal von den Produktionsgütern abgesehen wird, scheitern. Denn hier handelt es sich um hochkomplexe Maschinen, die selbst schon zum größten Teil exportiert werden, z.B. von Maschinen zur Herstellung von Werkzeugmaschinen. Gerade für die Produktionsmittel zur Herstellung von Produktionsmitteln ist der Binnenmarkt äußerst begrenzt. Konsequenz: Eine längere Exportflaute oder eine Reduzierung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik müssen zu einer **Entwertung** und **Vernichtung** großer Kapitalmassen und der massenhaften **Freisetzung** der Arbeitskraft führen.

● Die besondere Konkurrenzfähigkeit der BRD-Exportökonomie beruht auf zahlreichen, sich gegenseitig verstärkenden Faktoren. Hervorzuheben sind: das hohe technologische Niveau, die Qualität der Ausführung, gute Serviceleistungen, sichere und schnelle Ersatzteilbeschaffung, die zeitlich präzise Abwicklung von Aufträgen, die genaue Kostenkalkulation, erleichternde Finanzierungsmodalitäten und, schließlich und entscheidend, die im Verhältnis zur Gesamtleistung relativ niedrigen Kosten. Von ihnen seien nur jene diskutiert, die von einer stärkeren Binnenorientierung betroffen wären. Das sind vor allem die inländischen Produktionskosten und das technologische Niveau. Obwohl die Vertreter der "alternativen Wirtschaftspolitik" eine solche Betrachtung als "neo-merkantilistisch" abqualifizieren, so sind eben doch für die Dispositionen des Kapitals die Rendite und die Kosten die zentralen Variablen. Und es ist nicht zu bestreiten, daß die vorgeschlagene Binnenmarktstrategie das inländische Kostenniveau erheblich anhebt (Erhöhung der Lohnquote, Verteuerung der Rohstoffe und importierten Vorprodukte, wachsende Abgaben an den Staat bzw. Reduktion von Subventionen und staatlichen Leistungen, Verstärkung inflationistischer Tendenzen). Eine Verringerung der Rentabilität ist die unmittelbare Folge, wenn es dem Kapital nicht gelingt, durch Gegenstrategien den Kostendruck aufzufangen. Abgesehen von dem Versuch, die Löhne und Steuern zu senken, wird das Kapital den schon eingeleiteten Internationalisierungsprozeß beschleunigen und die inländische Produktion verstärkt spezialisieren, rationalisieren und automatisieren. Diese dem Kapital verfügbare und durch die von den Gutachtern vorgeschlagene Kapitalexportkontrolle nicht verhinderbare Gegenstrategie wird sowohl die Nachfrage nach Exportgütern als auch nach Investitionen absenken und eine Krise des Export- und Investitionsgütersektors einleiten.

● Schon gegenwärtig ist die deutsche Exportindustrie in die Produktion von **Weltmarktwaren**, also von multinational hergestellten Produkten, integriert. Durch eine relative Erhöhung des inländischen Kostenniveaus würde der deutsche Anteil an Weltmarktwaren abnehmen und jener anderer Industrieländer, vor allem Japans und der USA, zunehmen. Internationale Konsortien und Systemproduzenten kaufen dort ihre Komponenten ein, wo sie am billigsten sind. Dieser Verdrängungsprozeß würde sich auch ohne eine Produktionsverlagerung (Kapitalexport) vollziehen. Durch den Aufbau von ausländischen Produktionsstätten würde sich dieser Prozeß eher verlangsamen. Denn mit relativ niedrigeren Kosten produzierende Filialen des heimischen Kapitals würden erstens deutsche Exportwaren in ihre Produktion einbeziehen und könnten zweitens relativ billige Komponenten für Weltmarktwaren liefern.

● Das **technische Niveau** der Exportwaren ist gleichfalls von der "alternativen Wirtschaftspolitik" tangiert. Zwar dürfte durch Modernisierungs- und Spezialisierungsmaßnahmen für einige Warengruppen der technologische Standard weiter zunehmen, doch muß angenommen werden, daß das durchschnittliche Niveau im Verhältnis zu anderen Weltmarktkonkurrenten stagniert, so daß die Konkurrenzfähigkeit abnimmt. Denn erstens werden bei nachlassender Weltmarktnachfrage Investitionen im Exportsektor nur vorgenommen werden, wenn durch sie die Konkurrenzfähigkeit wiederhergestellt und nicht bei gleicher Investition im Ausland ein höherer Profit erwartet werden kann, und zweitens werden aufgrund der staatlichen Umverteilungspolitik die Subventionen für Innovations- und Modernisierungsaufwendungen des Kapitals schon wegen des steigenden und hohen Lohnkostenanteils relativ rückläufig sein. Beide Faktoren zusammen wirken auf die Entwicklung der Produktivität, die Modernisierung der Volkswirtschaft und auf die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate negativ ein.

Erhöhte Massenkaufkraft – der Weg in die Krise

Für die Erhaltung oder Gewinnung einer weltmarktbezogenen konkurrenzfähigen Produktion waren andere Ökonomien in einem nicht

unbeträchtlichen Umfang gezwungen, Investitionsgüter aus der Bundesrepublik zu beziehen. Nachdem einmal diese besondere Funktion und Position in der Weltökonomie gefestigt war, brachte sie für die Bundesrepublik außer den beträchtlichen Vorteilen – Aneignung von Surplusprofiten, schnelles Wachstum, hohe Produktivitätssteigerungen, über viele Jahre sich verbessernde internationale Austauschrelationen, wachsende Realeinkommen der Arbeiter, Verallgemeinerung der Konsumgesellschaft, gesellschaftliche Stabilität – auch gravierende Nachteile; und zwar neben den bereits diskutierten und den gegenwärtig schnell zunehmenden sozialen Kosten auch den Zwang, sich **konform** mit den Funktionsbedingungen des "Modell Deutschland" zu verhalten. Andernfalls droht eine tiefe Wirtschaftskrise. Am Beispiel Großbritanniens kann ersehen werden, was die Aufgabe einer imperialistischen Dominanzposition gesellschaftlich bedeutet.

Die Analyse der Memoranden '78 und '79 führt nun zu dem Ergebnis, daß diese Funktionsbedingungen ungenügend beachtet werden. Die Binnenmarktstrategie, die das Wirtschaftssystem und die gegenwärtige internationale Arbeitsteilung in ihren strukturellen Gegebenheiten akzeptiert, löst **sich verstärkende Prozesse** aus, die die gegenwärtige Weltmarktposition gefährden und eine Krise der Ökonomie zur Folge haben. Die Gutachter – und dies ist die entscheidende Kritik – entwickeln keine politischen und ökonomischen Vorstellungen, auf welche Weise die Krise progressiv – im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen von Arbeitern und Systemopfern – überwunden werden könnte.

Die drei wichtigsten krisenhaften ökonomischen Auswirkungen einer konsequenten Anhebung der Massenkaufkraft über die Inflationsrate, den Produktivitätszuwachs und eine angemessene Beteiligung an den Surplusgewinnen hinaus sind:

- **Senkung des Realeinkommens** von Arbeitnehmern und Rentnern. Dieses dem angestrebten Ziel genau entgegenlaufende Ergebnis ist die Folge von hoher Inflation, von Entlassungen und der massenhaften Kapitalvernichtung. Für die Inflationierung der Ökonomie sind mehrere Faktoren in ihrer kombinierten Wirkung ursächlich: Der Import der Inflation des Auslands durch den starken Importsog, die Verschlechterung der internationalen Austauschrelationen, der Anstieg der Energie- und Rohstoffkosten, der Versuch des oligopolistischen und monopolistischen Kapitals, gestiegene Kosten auf die Preise abzuwälzen und Einbrüche auf dem heimischen Markt auszugleichen, die schnell wachsende Staatsverschuldung, zunehmende Spekulationsgeschäfte, Flucht in Sachwerte ...
- **Abbau von Arbeitsplätzen:** Mehrere Faktoren wirken zusammen, die den Versuch, neue Arbeitsplätze zu schaffen, erschweren: Zerstörung von Arbeitsplätzen durch die Importkonkurrenz, durch die sinkende Exportnachfrage, die Schrumpfung des Investitionsgütersektors, die erhöhten Rationalisierungs- und Automatisierungsanstrengungen, die Internationalisierung der Produktion.
- **Kapitalvernichtung:** Große Teile des für den Export produzierenden Kapitals und des vorgelagerten Investitionsgütersektors als auch von Industrien, die für den Binnenmarkt produzieren, aber der Importkonkurrenz nicht mehr gewachsen sind, würden vernichtet. Die Anreize, für den Binnenmarkt zu produzieren und vor allem für binnenorientierte Neuinvestitionen, könnten dies nicht ausgleichen. Die staatlich vorgenommenen, angeregten oder erzwungenen Sozialinvestitionen zur Verbesserung der Reproduktion und Verwertbarkeit der Arbeitskraft (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Freizeit, Umwelt) sind für das Kapital **nur indirekt produktiv** und bilden zunächst einmal Kosten, die den Investitionsfonds für unmittelbar produktive (im Sinne des Kapitals) Anlagen und die Profitrate reduzieren. Daher können die erhöhten Sozialinvestitionen innerhalb der Logik des kapitalistischen Systems nicht den angestrebten Ausgleich und Aufschwung bringen. Ganz im Gegenteil: sie werden zusammen mit der Kapitalvernichtung für das Kapital Anlaß sein, an anderer Stelle, außerhalb des Landes, nach profitableren Anlagemöglichkeiten zu suchen.

Die Illusionen der 'flankierenden Außenwirtschaftspolitik'

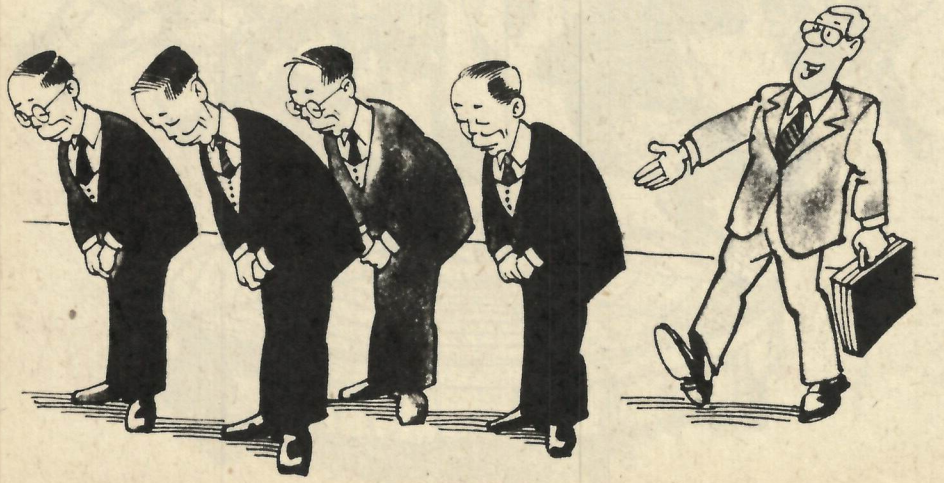
Die Verfasser der Memoranden der 'alternativen Wirtschaftspolitik' sind natürlich nicht so blind, als daß sie die außenwirtschaftlich induzierten Konsequenzen nicht zumindest teilweise gesehen hätten. Sie schlagen vor, Direktinvestitionen ins Ausland mit einschränkenden Auflagen zu versehen, die Exportnachfrage der Entwicklungsländer durch langfristige Rohstoffabkommen und durch die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe zu erweitern. Dieses Maßnahmenbündel kann aber nicht nur nicht das Ableiten der Binnenmarktstrategie in eine ökonomische und gesellschaftliche Krise verhindern, sondern ist zudem noch politisch und ökonomisch äußerst bedenklich. Die wichtigsten Probleme in Stichworten:

- Die vorgeschlagenen Auflagen für Direktinvestitionen ins Ausland betreffen de facto nur jene in Entwicklungsländer, d.h. etwa 30% der statistisch ausgewiesenen deutschen Direktinvestitionen. Die Kontrollen beziehen sich nicht auf andere Formen des Kapitalverkehrs mit dem Ausland. Die konzerninternen Verrechnungen bleiben völlig unberücksichtigt. Die anvisierten Maßnahmen können nicht die Stillegung von Betrieben verhindern, wenn ganze ausländische Unternehmen von bereits existierenden Auslandstöchtern übernommen werden, oder wenn die entsprechenden Produkte auf Auslandsmärkten zugekauft werden. Die außenwirtschaftliche Flanke ist ohne eine Überwachung **aller** grenzüberschreitenden Waren- und Finanzströme und ohne eine Kontrolle der Außenwirtschaftspolitik der Multis nicht abzusichern.
- Zweiseitig abgeschlossene Rohstoffabkommen haben politisch kaum wünschbare Nebeneffekte. In Situationen der Rohstoffverknappung entsteht unweigerlich eine zwischenstaatliche Konkurrenz, in der sich die zahlungskräftigen und politisch-militärisch stärksten Nationen durchsetzen. Rohstoffverträge sollten multilateral und mit Versorgungsgarantien auch der schwachen Partner abgeschlossen werden.
- Die Aufstockung der Entwicklungshilfe soll den Entwicklungsländern wachsende Importe aus den Industrieländern ermöglichen. Im Ergebnis werden die Entwicklungsländer verstärkt in die internationale Arbeitsteilung integriert. Diese Strategie bedeutet für die Entwicklungsländer: exportorientiertes Wachstum, Übernahme des Industriesystems, Absicherung der herrschenden Klassen und zunehmende Repression, Ausbeutung und Marginalisierung der Massen. Für die Industrieländer impliziert diese Entwicklungsstrategie: einerseits erhöhte Importkonkurrenz und verstärkten Lohnkampf und andererseits Unterstützung der herrschenden Klassen und Sicherung der dominanten Position in der Weltarbeitsteilung.

Fazit

Entgegen den Intentionen der Verfasser der 'alternativen Wirtschaftspolitik' würde ihre Realisierung wegen des hohen Internationalisierungsgrades der westdeutschen Ökonomie zu einer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit, Inflation und Senkung der Realeinkommen führen. Damit sind die sozialen Kosten dieser Strategie vermutlich höher als die der Modernisierung des "Modell Deutschland". Aus diesem Ergebnis darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß eine alternative **Wirtschaftsstrategie** prinzipiell abzulehnen sei; denn die ökonomischen und politischen Ziele: Vollbeschäftigung, Verbesserung der Reproduktion der Arbeitskraft, Demokratisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, sind mit dem Modernisierungsprogramm schon gar nicht zu verwirklichen. Sie muß aber im Rahmen einer neuen **Gewerkschaftspolitik** stehen. Die Strategie der "alternativen Wirtschaftspolitik' greift zu kurz.

JOSEF ESSER/WOLFGANG FACH/ FRIEDER SCHLUPP/GEORG SIMONIS



Bitte, wo geht's hier zum Weltmarkt?

"Ich bin bereit, dafür in den Knast zu gehen"

Über die Hilflosigkeit des linken Antifaschismus

Öffentliche Veranstaltungen zur Aufklärung über rechtsradikale Aktivitäten in der Bundesrepublik sind integraler Bestandteil antifaschistischer Arbeit geworden. Über politische Reichweite und Informationswert solcher Veranstaltungen kann man sicher geteilter Meinung sein, insbesondere, wenn rechtsradikale Aktivisten selbst als Teilnehmer auftreten. Dann nämlich entwickeln sie eine gewisse Eigendynamik, unter der ursprüngliche Intentionen und Zielsetzungen der Veranstalter weitgehend verdeckt oder abgebogen werden. Ich habe eine dieser Veranstaltungen einmal unter dem Interesse verfolgt, die Interaktionsformen zwischen antifaschistischen Teilnehmern und rechtsradikalen Aktivisten zu beobachten.

2. Juni 1980: Der SPD-Ortsverband eines Frankfurter Stadtteils hat zu einer Veranstaltung mit dem Thema: 'Nazistische Aktivitäten in Frankfurt. Was können wir dagegen tun?' eingeladen. Auf dem Podium sitzen: J. Roth (Schriftsteller), A. Marchand (SPD/VVN), S. Pawlick (SPD-Landtagsabgeordneter), G. Heil (DGB, Hess. Landesjugendring) und als Diskussionsleiter der Journalist J. Gandela. Unten im Saal: ca. 80 Besucher, darunter Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Frankfurter Nazi-Buchladen; aber auch: 10 jugendliche Rechtsextremisten, im Alter von 15 bis 20 Jahren – in 'Zivil' gekleidet, zwei davon im dezenten Cordanzug (mit silbergrauer Krawatte), sowie zwei stadtbekannte Alt-Faschisten. Auch die Jugendlichen sind mir weitgehend bekannt. Es sind Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten (JN) und/oder der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD). Einige sind schon vorbestraft oder Gerichtsverfahren gegen sie sind anhängig.

Die erste Stunde vergeht mit Kurzreferaten der Podiumsteilnehmer. Während Roth über Hintergründe, politische Programmatik und Praxis der 'Grauen Wölfe' in der Türkei und deren Aktionsfelder in der Bundesrepublik spricht, von der militärischen und ideologischen Ausbildung arbeitsloser Jugendlicher in den Kommandolagern der MHP berichtet, skizzieren die übrigen Referenten in knappen Zügen das Erscheinungsbild des aktuellen Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Dies geschieht im wesentlichen unter zwei Perspektiven: einmal unter der Kontinuitätsperspektive zum historischen Nationalsozialismus (personelle und ideologische Kontinuitäten), zum anderen vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl und der damit verbundenen Möglichkeit eines Kanzlers Strauß. Vor allem aber Marchand markiert in der Schilderung von Alltagssituationen reaktionäre und tendenziell rechtsradikale Tendenzen in der BRD, die zudem von etablierten Politikern, Richtern und Beamten getragen und forciert werden. Auf das Verbot anspielend, VVN-Mitglieder in Frankfurter Schulen einladen zu können, meint er: "Es ist beschämend, daß ich wieder in Schulen gehen muß und zu Jugendlichen gegen den Neonazismus sprechen muß. Und es ist erst recht beschämend, daß uns wieder, diesmal von den Stadträten Mihm und Trageser (CDU; P.D.), verboten wird, Jugendliche in Schulen und in Jugendclubs über Faschismus aufzuklären."

Währenddessen sitzen die jugendlichen Rechtsradikalen gelangweilt im Saal; sie blättern in den neuesten antifaschistischen Broschüren, in denen sie abgebildet sind und in denen ihre 'politische Karriere' dokumentiert ist. Sie warten auf ihren Auftritt, dann nämlich, wenn die Diskussion eröffnet wird. Es sind die gleichen Jugendlichen, die in Straßenschlachten gewaltätig gegen Andersdenkende vorgehen – mit Gaspistolen, Gummiknüppeln oder Zaunlatten. Hier sitzen sie nun friedlich; die beiden in ihrem Anzug sehen eher aus, als kämen sie gerade von einer Hochzeitsfeier und nicht aus dem NPD-Parteibüro.

"Wir lernen durch das, was andere tun"

Zur Diskussion melden sie sich ganz zurückhaltend, warten, bis sie aufgerufen werden. Inzwischen sprechen ältere Genossen über ihre Erlebnisse mit dem Hitlerfaschismus. Fast automatisch richten alle ihr Wort an die Jugendlichen, scheinen sie durch die Schilderung ihrer Schreckenserlebnisse überzeugen zu wollen, daß sie "Rattenfängern hinterherlaufen". Die Jugendlichen, so zum Adressaten aller Diskussionsbeiträge und damit in den Mittelpunkt der Veranstaltung gerückt, reagieren mit wirksamen Provokationen. Der Name Brandt wird mit 'Frahm' gekontert, einem älteren Genossen ("Ich war freiwilliger Kriegsteilnehmer bei der Waffen-SS") wird ironisch Beifall gezollt. Die Reaktionen werden allmählich heftiger und aggressiver ("Ich hau dir gleich eins in die Fresse, du Rotzbub!").

Der Schwerpunkt der Veranstaltung verlagert sich auf die verbale Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen. Sie haben damit genau das erreicht, was sie wollten:

- als Diskussionspartner anerkannt zu werden;
- sich selbst zu bestätigen, daß sie politisch Verfolgte sind;
- ihre These zu bestätigen, daß die Demokraten die wahren Faschisten seien, da sie "Redeverbot und Meinungsunterdrückung praktizierten";
- durch den von den Veranstaltungsteilnehmern erzeugten Druck binnenstrukturell ihre eigene Positionen zu stärken (falls **diese** Jugendlichen dies noch nötig haben).

Dieses Aktionsschema hat einen funktionalen Stellenwert innerhalb rechtsradikaler Politik. Seine Ausdrucksform ist die Schulung im

Peter Dudek (Hrsg.)

Hakenkreuz und Judenwitz

Antifaschistische Jugendarbeit in der Schule

päd. extra buchverlag

Hart durchgreifen, gründlich über den Nationalsozialismus aufklären, moralisch verdammen – so lauten gängige Rezepte für den Umgang der Schule mit neofaschistischen Jugendlichen.

Das Buch vermittelt Lehrern und Schülern Orientierungsmarken und praktische Hilfen, um aus den Sackgassen des hilflosen Antifaschismus herauszufinden.

160 Seiten, kart., DM 16,80

Rose-Marie Giesen, Gunda Schumann
An der Front des Patriarchats
Bericht vom langen Marsch durch das Prostitutionsmilieu
180 Seiten, kart., DM 24,–

Annette Jasperneite, Marianne Langfeldt
Die Abgeschobenen
Wie die Schule kriminalisiert
144 Seiten, kart., DM 18,–

Jochen Unbehaun
Musikunterricht
Alternative Modelle
176 Seiten, kart., DM 24,–

Franz, Hennes, Kapteina, Schumann, Schürmann
„Wie hinterm Preßlufthammer nur unheimlich schöner!"
Discokultur in Jugendhäusern
160 Seiten, kart., DM 14,80

Friedrich Wilhelm
Fritz Wilde der Junglehrer
Roman mit einem Nachwort von Volker Hoffmann
208 Seiten, kart., DM 23,–

James Riordan
Sportmacht Sowjetunion
96 Seiten, 10 Abb., kart., DM 12,–

Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an.

päd. extra buchverlag
in der pädex Verlags-GmbH
Bahnhofstraße 5, 6140 Bensheim

'Kampf', ein Lernen nicht mit dem Kopf, sondern mit dem Herz und der Faust. Michael Kühnen, Führer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) hat dies in einem Gespräch mit Karl Klaus Rabe so formuliert: "Folglich, wenn Schulung, dann kann man nur im Kampf schulen, im Einsatz schulen ... Deshalb ist bei uns der politische Kampf nicht nur das Mittel des Zusammenhalts, das Mittel der Disziplin, auch eben das Mittel, praktisch mit allen anderen zu brechen zugunsten dieser politischen Bewegung, sondern letzten Endes auch die Schulung, die wir sonst gar nicht machen könnten ... Es gibt ja zwei Arten zu lernen: Es gibt emotionales Lernen, von der Gefühlswelt her und es gibt eben Lernen, rational, nur vom Verstand her ... Wir lernen durch das, was andere uns antun. Wir lernen durch die Aktion schlechthin und überlegen dann rational, wie kommt das zustande."

Dieses Kalkül setzt der 'Führer' der anwesenden rechtsradikalen Jugendlichen auch geschickt in Szene. Als er zu Wort kommt, knüpft er an die Beiträge seiner Vorredner, die den Aspekt der "verführten Jugendlichen" herausheben, an: "Also ich möchte als einer der verführten Jugendlichen auch etwas sagen." In seiner schwarzen Hose, Hände auf dem Rücken gefaltet, steht er stramm da und redet sich provozierend in die Opferrolle. "Ich weiß, Sie sind ja alle Demokraten, deshalb lassen Sie mich doch mal ausreden. Ich kann schlecht ein Neonazi sein, ich bin ja viel zu jung." Erregter Zuruf einer etwa 20jährigen Antifaschistin: "K., du Super-Wichser, halt's Maul." Er denkt nicht daran, im Gegenteil: er versucht, seine (die der VSBD) Weltanschauung zu skizzieren. "Ich habe eine völkische Weltanschauung und bejahe den Rassegedanken. Ich will diesen Staat auslöschen und ein Großdeutschland schaffen." Weiter kommt er nicht mehr. Vor allem die älteren Teilnehmer, jene, die den Krieg mitmachen mußten, jene, die in Konzentrationslagern und Gefängnissen sitzen mußten, fühlen sich natürlich provoziert. "Aufhören", "Halt's Maul", empörte Reaktionen auch auf jenen Alt-Faschisten, der die These von der "Auschwitz-Lüge" vertritt. Die Stimmung im Saal ist emotional aufgeladen. K. hat die Versammlung auf den Punkt gebracht, wo er sie hinhaben wollte: "Kühnen, Worch und all die anderen Kameraden sind nur wegen ihrer politischen Meinung in den Knast gekommen. Wo bleibt denn eure Demokratie, wenn ihr uns nicht mal ausreden laßt?" Zuruf: "Ihr habt keinen Anspruch darauf." K. heroisch, sich in Siegerpose stellend: "Für meine Weltanschauung ... Ich bin bereit, dafür in den Knast zu gehen."

Einzeln verlassen die Jugendlichen allmählich die Veranstaltung. Sie haben ihren Auftritt gehabt, das genügt ihnen. Es ging ihnen nicht um Selbstdarstellung, sondern um Selbstbestätigung. Sie haben sich wieder einmal selbst bewiesen: Wir sind wer, wir werden von 70 Leuten wahrgenommen, die uns feindlich und bedrohend gegenüberstehen. Die psychosoziale Stabilisierung für diese Jugendlichen ist offensichtlich. Das Konzept, nach dem sie dabei verfahren, ist einfach, aber offensichtlich wirksam. Gegen die analytische Schärfe linker Gesellschaftskritik setzen sie die plane Agitation, die sich einerseits in den Wahrnehmungseinrichtungen situationeller Details erschöpft (angeblich Photomontagen von KZ-Bildern), andererseits auf die rein

instrumentelle Handhabung demokratischer Verkehrsformen abzielt. (Einer der Alt-Nazis: "Meine Herren, sie müssen fair sein." "Meine Herren, ham'mer nu Demokratie oder ham'mer keine?")

Die Hilflosigkeit von Antifaschisten, mit solchen Strategien umzugehen und darüber hinaus positive Perspektiven für eine antifaschistische Arbeit zu entwickeln, wurden im letzten Teil der Veranstaltung deutlich. Hier ging es um die Frage: "Was können wir dagegen tun?" Die Mehrzahl der Beiträge ging über Plattitüden ("Aus der Geschichte lernen", "Die Geschichte hat uns gelehrt") nicht hinaus. Eine jugendliche Antifaschistin beispielsweise forderte: "Wir müssen die Nazis mit den gleichen Mitteln bekämpfen, wie sie uns (!) 1933 kaputt gemacht haben. Wir (!) wurden ja ermordet und ins KZ gesteckt." Da wurde Rede- und Demokratieverbot für Nazis gefordert ("Demokratie soll für Nazis aufhören"), wurde auf die Notwendigkeit breiter Gegenöffentlichkeiten hingewiesen (17. Juni), auf die Anwendung bestehender Gesetze gedrungen, muß antifaschistischer Kampf im umfassenden Sinne definiert werden als Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, ge gen Berufsverbote und für Frieden und Abrüstung. Dies alles ist richtig und notwendig – doch es erreicht kaum die Jugendlichen vor Ort. Allein G. Heil blieb es vorbehalten, auch pädagogische Eingriffsmöglichkeiten zu skizzieren, wie sie beispielsweise in der Gewerkschaftsjugend, aber auch an manchen Schulen praktiziert werden. Unter dem Stichwort "Spurensicherung" verwies er auf die Notwendigkeit, Jugendlichen durch Orientierung auf Lokalgeschichte, auf den nationalsozialistischen Alltag und die Begegnung mit noch lebenden Widerstandskämpfern Geschichte in einer Weise zu vermitteln, die Jugendliche konkret nachvollziehen können, die ihnen Möglichkeiten zur Identifikation schaffen – Geschichte zum Anfassen.

Eines müssen wir uns klarmachen, und das gilt auch für jene, die in verdienstvoller Weise sich um eine intime Kenntnis des Rechtsradikalismus bemühen: Jeder Antifaschismus wird dann zur Leerformel, wenn er Jugendlichen nicht konkret, d.h. auch in ihrem Alltag vermitteln kann, wofür wir positiv eintreten. Denn die Attraktivität des militanten Rechtsradikalismus für Jugendliche ist zugleich der Ausdruck einer Krise linker demokratischer Jugendpolitik. Es mag sein, daß man durch Jugendarbeit und Erziehung nicht viel zu erreichen vermag. "Aber, daß es Menschen gibt, die unten, eben als Knechte, das tun, wodurch sie ihre eigene Knechtschaft verewigen und sich selbst entwürdigen ... dagegen läßt sich doch durch Erziehung und Aufklärung ein Weniges unternehmen." (Adorno)

PETER DUDEK

Was man als arbeitsloser Lehrer so alles erleben kann

Ein Bericht

Arbeitslos! So kurz nach dem 2. Staatsexamen hat dieses Wort noch nicht viel an Schrecken gewonnen. Im Gegenteil, es bedeutet: keinen Streß mehr, nicht den ganzen Tag an Schul- und Schülerprobleme denken, ausschlafen, viel Zeit für sich und andere. Die mangelnde Zukunftsperspektive hat man im Referendariat schon erfolgreich verdrängt – schon allein darum, um das Referendariat überhaupt aushalten zu können. Und es gelingt in den ersten Wochen nicht nur, nicht an die Zukunft zu denken, sondern sogar das Fehlen jeglicher Perspektive zu genießen.

Man schaut sich langsam nach einem neuen Job um, durchaus frohen Sinnes, mal etwas anderes als Schule machen zu können. Und in einer Stadt wie Frankfurt ist es auch nicht besonders schwierig, irgendeine Arbeit zur Finanzierung seines Lebensunterhaltes zu finden. Aber Arbeit ist nicht gleich Arbeit, nicht jeder Job, selbst wenn er gut bezahlt wird, bedeutet auch Zufriedenheit. Aufgrund seiner Ausbildung und Sozialisation hat jeder bestimmte Interessen und Fähigkeiten, die er in seinen Beruf einbringen will. Ich hatte eine Stelle an einer Gesamtschule im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bekommen. 20 Stunden Arbeitszeit pro Woche, 1400 DM netto, eigentlich sollte man denken: "Herz, was willst du mehr?" Die Praxis sah jedoch anders aus. Mein Status war der eines nichtpädagogischen Angestellten, meine Arbeit bestand in dem Führen einer Bibliothek, drei Stunden Deutschunterricht für Aussiedlerkinder, Aufsicht, Leitung einer Schach-AG (was noch das anstrengendste war), durfte also keinen stundenplanmäßigen Unterricht erteilen. Nach einer Anfangsphase begann ich, mich unterfordert zu fühlen. Immer am Rande des eigentlichen Schulgeschehens bekam ich das Gefühl, nicht eigentlich dazuzugehören. Und das Gefühl trog auch nicht; ich gehörte ja weder zur Lehrer- noch zur Schülerschaft, ich war nur der nette Kerl, der immer in der Bibliothek herumsaß und Bücher auslieh. Die erste Zeit versuchte ich, dieses Gefühl der Unterforderung im Beruf mit verstärkter politischer Arbeit zu kompensieren. Aber auch dies ging nur eine begrenzte Zeit gut. Die politische Arbeit blieb ohne Verbindung zu meiner augenblicklichen Situation, war also abgehoben. Selbst im Arbeitslosenausschuß der GEW fand ich keinen sinn- und perspektivvollen Aufgabenbereich. Zu groß war die Ratlosigkeit darüber, was man gegen die Lehrerarbeitslosigkeit tun könne, politische Praxis blieb bestenfalls bei Aufklärungsarbeit stehen. Da ich ja doch über einiges Geld verfügte, konnte ich mir wohl einige "Frustkäufe" leisten (typischerweise mit der Zeit immer weniger Bücher und immer mehr Schallplatten). Das Verhältnis zu meinen berufstätigen Freunden jedoch wurde immer schwieriger. Sie konnten mir nicht helfen, ihre Probleme schienen mir meilenweit von den meinigen entfernt; ich ertappte mich dabei, daß ich immer weniger ihren Erzählungen zuhörte, immer weniger mich für ihre Probleme interessierte. Ein Moment der Vereinsamung (nicht des Alleinseins) kam hinzu. In meinem Kopf immer noch den Funken Hoffnung nährend, daß es beim nächsten Einstellungstermin vielleicht doch noch klappen könnte, lebte ich mehr oder weniger depressiv in den Tag hinein.

Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit, die ich immer schlechter ertragen konnte, begann ich, mich in anderen Bundesländern zu bewerben. Ich tat dies allerdings nur sehr halbherzig, mehr aus dem Bedürfnis heraus, das Gefühl zu haben, überhaupt etwas gegen meine Arbeitslosigkeit zu tun, um das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins etwas einzudämmen, als wirklich mit der ernsten Absicht, Frankfurt zu verlassen. Ich merkte zum ersten Mal, wie sehr ich hier doch verwurzelt bin, und zwar weniger in dieser Stadt verstanden als eine Ansammlung von Stein- als einer Ansammlung von Steinbauten denn einem Netz sozialer Beziehungen, das mich selbst in der jetztigen Situation hielt und hält. Ich bewarb mich nur in Städten, von denen ich mir erhoffte, daß ich mir dort in relativ kurzer Zeit ähnliche soziale Strukturen wie in Frankfurt aufbauen konnte. Die Städte mußten also sowohl über eine gewisse Mindestgröße als auch über eine SB-Gruppe verfügen. Aber immer schwang die Angst mit, Frankfurt zugunsten einer Lehrerstelle aufzugeben und dann in der Ferne zu entdecken, daß der Beruf eines Lehrers doch nicht das Richtige für mich ist. Denn die 2. Ausbildungsphase stellt mehr eine Phase der Verunsicherung über den Lehrerberuf als eine Phase der Qualifizierung zu diesem dar. Und durch Zufall tat sich mir auch eine akzeptable Perspektive auf: Eine ehemalige Freundin schrieb mir, daß an einem Gymnasium einer kleinen Stadt in Schleswig-Holstein Lehrer mit meiner Fächerkombination gesucht würden. Das Städtchen lag unweit von Hamburg. In Hamburg existiert nicht nur eine große SB-Gruppe, sondern leben auch einige Bekannte von mir. Ich bewarb mich also beim Kultusministerium in Kiel, nahm Kontakt mit der Schule auf und wurde auch von der Schulleitung schriftlich eingeladen, mich dort vorzustellen. Die 150 DM für die Bahnfahrt waren's mir wert. Das Gymnasium: konservativ (jedoch eine GEW-Gruppe), ländliches Einzugsgebiet. Die Vorstellung lief in drei Etappen ab:

1. allgemeines: Der Direktor befragte mich in Bezug auf meinen Lebenslauf. Dauer: 15 Minuten.
2. fachliches: Der stellvertretende Direktor verwickelte mich in ein fachdidaktisches Gespräch über mein Unterrichtsfach Geschichte. Befragt wurde ich über konkrete Fakten, Schwerpunkte meines Studiums u.a.m. Dauer: 30 Minuten.
3. politisches: Der Personalratsvorsitzende (DLH) befragte mich über meine politische Einstellung. Dies geschah wohl nicht durch direkte Fragen, sondern über den Umweg über meine Meinung zur Gesamtschule, zum Verhalten gegenüber Schüler etc. Dauer: 30 Minuten.

Trotzdem hatte ich am Ende eigentlich ein ganz gutes Gefühl dahingehend, daß es mit der Anstellung klappen könnte. Ich meinte, daß ich mich ganz gut herausgeredet, auf konkrete Fragen vage genug geantwortet hatte, so daß ich weder meine eigene politische Position geleugnet, noch zu viele politische Angriffsflächen preisgegeben hatte. Ich triumphierte innerlich, daß der schwarzen Schule eventuell ein rotes Kuckucksei ins Nest gelegt werden könnte. Der Direktor führte mich auch anschließend durch das Schulgebäude, so als wollte er einem zukünftigen Kollegen seinen neuen Arbeitsplatz zeigen. Ich fuhr also mit dem Gefühl nach Hause, bald meinen Umzug gen Norden vorbereiten zu können.

Nach Monaten hatte ich jedoch immer noch keinen Bescheid, weder positiver noch negativer Art. Bei meinen Anrufen in Kiel wurde ich immer wieder auf die nächste Woche vertröstet: meine Akte sei gerade beim zuständigen Referenten. Über solche Vertröstungen begann das neue Schuljahr und mit ihm eine Kampagne der Kultusbürokratie gegen die arbeitslosen Lehrer, die an ihrer Arbeitslosigkeit wegen Immobilität selbst schuld wären. Ich reagierte sauer und schrieb einen Leserbrief an die Frankfurter Rundschau, in dem ich schilderte, daß ich seit 4 Monaten auf einen Bescheid aus Schleswig-Holstein wartete und nannte darin Namen und Fakten. Der Leserbrief wurde auch abgedruckt. Eine Woche später rief die FR bei mir an: Eltern hätten aus Schleswig-Holstein angerufen und sich nach meiner Adresse erkundigt. Die FR gab mir die Adresse der Elternbeiratsvorsitzenden der Schule, an der ich mich vorgestellt hatte. Ich setzte mich mit ihr in Verbindung. Sie erzählte mir, daß die Eltern der Schule meinen Brief mit Erstaunen zur Kenntnis genommen hätten. Die beiden Stellen an der Schule seien immer noch unbesetzt, stundenplanmäßiger Deutschunterricht fiele aus. Der Direktor hätte jede Auskunft betreffs meiner Nichtanstellung verweigert. Eine Elternversammlung sei einberufen, die Presse würde informiert. Ich fand es großartig, daß ein einfacher Leserbrief solche Wirkung hervorrief. Dann hörte ich eine Zeitlang nichts mehr. Nach zwei Wochen rief die Elternbeiratsvorsitzende mich wieder an und fragte, ob ich irgendwo politisch registriert sei oder wegen eines politischen Deliktes schon im Gefängnis gesessen hätte. Auf meine verdutzte Verneinung hin erzählte sie mir, daß die Aktivitäten der Eltern erloschen seien und die Presse von einer Berichterstattung Abstand genommen hätte. Sowohl von Seiten der Schulleitung als auch des Kultusministeriums sei ihnen nämlich angedeutet worden, daß meine Ablehnung politische Gründe gehabt hätte. Es sei ihnen empfohlen worden, sich nicht mehr für mich einzusetzen, sie könnten sich sonst "die Finger verbrennen". Dieser "Ratschlag" hätte auch Wirkung gezeigt: kaum jemand würde es wagen, sich in einem solchen Fall für mich zu engagieren. Welche konkreten Fakten (SB-Mitgliedschaft, Russell-Tribunal o.ä.) eine Rolle gespielt hatten, war nicht festzustellen. Zwei Wochen später erhielt ich aus Kiel meinen offiziellen Ablehnungsbescheid: "wegen mangelnden Bedarfs". **BERND SCHNEIDER**

Selbstorganisierte Tagungshäuser

Die Spuren der theoretischen Diskussion führen zu den Alternativen. Nachdem eine kollektive Praxis in kommunitären Projekten aus den Nischen, Ritzen und Schluchten des bestehenden Systems herausbricht, zum Teil in alten Verwertungszusammenhängen versandet, zum Teil im öffentlichen Medienverbund exotisch vermarktet wird, wird der theoretische Diskurs in den Alternativprojekten und über sie geführt. In einer gesellschaftlichen Situation, in der zum einen der massenhafte Zweifel und der staatliche Legitimationsmangel bzw. -druck zunehmen, zum anderen die Möglichkeit der kollektiven Organisierung von Lebenszusammenhängen nicht nur sichtbar, sondern auch machbar wird, bildet sich ein Erfahrungszusammenhang, der alternative Projekte als "Umwälzung von Alltäglichkeit und Subjekt" – wie partikular auch immer – entstehen ließ. Aber was heißt da "alternativ"? Abstrakt lassen sich Formen und Inhalte alternativer Praxis, häufig nur als Wünsche von Gruppen formuliert, beschreiben:

- Interessen an solidarischen Verkehrsformen verbunden mit einer Kritik an Konkurrenz, Leistungsrationalität, Sexismus;
- Aufhebung unterschiedlicher ökonomischer und damit sozialer Privilegien;
- Dezentralisierung der Organisation bei gleichzeitigem Aufbau einer übergreifenden Gegenöffentlichkeit;
- neues Verhältnis zu Natur und Körper verbunden mit der Beurteilung und Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Produktionsweisen unter einem "ökologischen Bewußtsein";
- Nichtentfremdung am Arbeitsplatz, Gebrauchswertproduktion, Aufhebung der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit sowie spezialisierter Berufsrollen;
- Veränderung von politischer Praxis mit den eigenen auf Emanzipation zielenden Lebenszusammenhängen.

So ist in der Praxis der Alternativbewegung mehr enthalten – partiell eine Antizipation der Umwälzung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse – als in den meist plakativen Bezeichnungen, fast Stigmatisierungen von "außen": Flucht, Vermarktung, Inse, Rückzug, Verweigerung, Getto ... Aber diese Praxis scheint erst einmal bunt und schillernd zugleich in ihrer Vielfalt die Totalität der Gesellschaft wiederzuspiegeln.

Diese molekularen Organisationspunkte sind in ihrer Vielfalt, ihrer Differenz und ihrem Anders-Sein nicht sofort einer Theorie subsumierbar, die mit ihrem Blick auf das gesellschaftliche Ganze die in den Alternativen herrschende Theoriefeindlichkeit noch verdoppelt. Der Theoriefeindlichkeit der Alternativen gegenüber. Es reicht nicht aus, in den Kontroversen über die Alternativbewegung eine Praxis kommunitärer Projekte, die sich in den letzte Jahre – nicht erst seit Tunix – quasi von unten her aus dem Reproduktionsdruck auf marginalisierte Gruppen entwickelt hat und ohne große theoretische Klärung an die Organisation des eigenen Alltags ging, nachträglich von außen als "Ökonomisierung einer Scene" (Thomas Schmid) zu beschreiben, oder von vornherein für unmöglich zu erklären.

Vielleicht gelingt es, über die Darstellung der Entwicklung und der konkreten Arbeit in selbstorganisierten Tagungshäusern deutlich zu machen, daß sich mehr verändert und getan hat als nur das "Ausklinken" einzelner Personen oder Gruppen aus marktvermittelten Bereichen der Gesellschaft. Ausgangspunkt sind die Erfahrungen in einem Projekt, in dem mehrere Jahre lang Gruppen, Freunde und Genossen zu Seminaren, Tagungen und Freizeiten zusammentrafen, ein selbstorganisiertes Tagungshaus – oder "Begegnungsstätte", wie wir es nennen. Hinzu kamen die Auseinandersetzungen beim Aufbau eines neuen Hauses, diesmal auf einen gekauften alten Bauernhof, ohne die Abhängigkeit vom Vermieter, dafür aber mit dem Druck der Notwendigkeit einer langfristigen Finanzierung.

Entstehung und Praxis selbstorganisierter Tagungshäuser

Am Anfang war die Gruppe und der Wunsch nach einer Praxis, die mehr ist als die Stellvertretung von Interessen und Personengruppen. Die Verbindung von Leben und Arbeiten in der Gruppe mit den politischen und ökologischen Kämpfen in der Region und anderswo wird in den Tagungshäusern zum Programm und zur Praxis gemacht. Wie weit verbreitet der Wunsch schon zur Praxis geworden ist, wurde deutlich, als im November 1977 erstmals in der Bundesrepublik Gruppen zusammentrafen, die selbstorganisierte Tagungs- und Freizeithäuser betreiben oder dies vorhaben. Der wesentliche Inhalt des ersten Treffens war das Kennenlernen der Projekte und der Austausch von Erfahrungen in der bisherigen Arbeit. Zahlreiche Gruppen existieren inzwischen, die meist im ländlichen Raum ein Haus gemietet oder gekauft haben, nicht nur, um es allein zu bewohnen und sich dort zu reproduzieren, sondern um Räumlichkeiten für andere Gruppen, Tagungen und Seminare anzubieten. Zum einen als Dienstleistungsbetrieb – mit mehr oder weniger Komfort –, zum anderen mit eigenem Seminarangebot. Häuser und Gebäude, die für andere Zwecke gebaut wurden, aber aufgrund von Umstrukturierungen und Konzentrationsprozessen nicht mehr genutzt werden, bilden die Grundlage solcher Projekte: Bahnhöfe, Schulen, Mühlen, Altersheime, Schlösser, Fabrikgebäude, Bauernhöfe usw. Die Gruppen, die in den selbstorganisierten Tagungshäusern leben und arbeiten, haben meist mehr als vier und selten mehr als zehn Mitglieder.

Seit dem ersten Treffen haben weitere überregionale und regionale Treffen stattgefunden. Bei diesen Treffen wurde thematisch gearbeitet – z.B. Organisation und Finanzierung von Tagungshäusern, Erfahrungen von Initiativgruppen zur Gründung neuer Häuser, Unterstützung der Gemeinschaft selbstorganisierter Tagungshäuser, durch das Berliner Netzwerk Selbsthilfe, ... und auch den Häusern, in denen das Treffen stattfand, beim Aus- und Umbau geholfen. Die Motivationen der einzelnen Freunde und Genossen zur Arbeit in den einzelnen Projekten sind so unterschiedlich wie die Zusammensetzung der Gruppen. Die Erfahrungen als Arbeitsloser oder zukünftiger Arbeitsloser besondern bei Lehrern und in sozialpädagogischen Berufen verband sich mit dem Interesse, es anders zu machen, sich nicht mit den Verhältnissen zu arrangieren, ebenso mit dem Bedürfnis, in einer Gruppe zusammenzuleben und gleichzeitig nach "außen", für andere offen zu sein. Anstöße waren u.a. die Schwierigkeiten und Repressionen in der institutionalisierten Jugend- und Erwachsenenbildung, die Idee einer "kooperierenden Gegenöffentlichkeit", während der Frankfurter Emanzipationsdebatte 1973, die Dis-

kussionen und Erfahrungen über die Tvind-Schule in Dänemark oder auch die Möglichkeiten, die sich aus einem Haus ergeben, das mehr Raum hat, als eine Gruppe zum Wohnen benötigt. Aus diesen Motivationsbündeln kristallisierten sich an den verschiedenen Orten selbstorganisierte Tagungshäuser heraus. In den Bildungsstätten bürgerlicher Institutionen, die ihren Schwerpunkt auf berufliche Weiterbildung legen, konnten die Bedürfnisse nach inhaltlicher politischer Arbeit, verbunden mit einer emanzipatorischen Praxis des Zusammenlebens, nicht erfüllt werden. Schon von den räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten waren sie nicht dafür konzipiert. Größtenteils waren diese Organisationen auch nicht gewillt – vielleicht abgesehen von einzelnen Mitarbeitern –, auf diese Art von Interessen einzugehen.

Daneben entstand gerade in der Nachlaufphase der Zersplitterung der Protestbewegung zu Beginn der siebziger Jahre eine doppelte Notwendigkeit für die räumliche und zeitliche Organisierung von Treffpunkten. Zum einen ergab sich aus der praktischen Arbeit in unterschiedlichen Basisbereichen der Gesellschaft ein Bedürfnis nach Informationsaustausch und persönlichen Kontakten, zum anderen wurden die Tagungshäuser selbst zu einem Arbeits- und Lebensbereich sich engagierender Personengruppen. Hier entwickelte sich als Gegeninstitution die Wiederaneignung eines aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang ausgegrenzten Bereichs der Verbindung von Lernen, Kommunikation, Information, Begegnung und Zusammenleben. Ebenso wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen Gegeninstitutionen entstanden, allerdings mit einem Arbeitsbereich, der auf Kontakt mit anderen Gruppen, Kooperation, politische Zusammenarbeit, letztlich Gegenöffentlichkeit abzielt.

Widerspruchserfahrungen

Wieweit werden in diesen Gruppen, die versuchen, das Problem von Widerstand, Leben und Antizipation egalitärer Lebensformen in konkreter Alltagspraxis zu verbinden, gesellschaftliche Widersprüche verdeckt, verschwiegen, zugeklebt? Gerade in dieser Art von gegeninstitutionen besteht die Möglichkeit, die Widersprüche und Brüche, die sich aus dem Zusammenleben von unterschiedlich präformierten Subjekten und verschiedenen gesellschaftlichen Ansprüchen ergeben, nicht als individuelle Schwierigkeiten zu begreifen, sondern die Brüche als offene Brüche zu behandeln, diese weiterzuentwickeln, aus ihnen zu lernen.

Die alternativen Projekte – und hier kann über Tagungshäuser hinaus verallgemeinert werden – sind ständig gezwungen, die An- und Widersprüche, die sich aus dem Versuch einer nichtkonformen Lebenspraxis in dieser Gesellschaft ergeben, zu be- und verarbeiten. Sind sie dazu nicht in der Lage, werden diese Widersprüche zum Punkt des Scheiterns der Projekte. Die verschiedenen Ebenen dieser Widersprüche lassen sich hier nur exemplarisch angeben, aber sie verdeutlichen als Bruchstellen zwischen "innen" und "außen" (nicht nur als Gegensatz Projekt-Umwelt, sondern auch als Gegensatz Gruppe-Gruppe und Gruppe-Einzelner) "Lernaufforderungen", Ausgangspunkte neuer Erfahrungen, Lernprozesse, Strategien und Handlungen. Mögen in der Entstehungsphase der Projekte für die Gruppen und Einzelnen die Organisation, die Struktur und die Arbeitsverteilung euphorisch klar sein, so treten trotzdem von Beginn an sogenannte Sachzwänge – häufig von staatlich-administrativen Stellen – an die Projekte heran. Konkret heißt das: Die Finanzierung des Projekts muß, wenn nötig, auch durch Lohnarbeit außerhalb des Hauses gesichert werden, das Finanzamt kontrolliert die Vereinsführung, das Gewerbeaufsichtsamt die Organisation des Betriebes; das Ordnungsamt verlangt eine Beherbergungserlaubnis; das Gesundheitsamt kontrolliert die sanitären Anlagen usw.

Um damit besser fertig zu werden, wurden auf den bisherigen Treffen der Tagungshäuser gemeinsame Strategien diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht, zum Teil sogar gegenseitig personell Hilfe geleistet. Wichtig waren hier vor allem Fragen der Vereinsführung, Finanzierung, Bauauflagen, aber auch der Arbeitsorganisation und besonderer handwerklicher Qualifikationen. Auf jeden Fall macht diese Aufzählung die Eingriffsmöglichkeiten staatlich-institutioneller Kontrolle, noch unterhalb der Schwelle politischer Auseinandersetzungen deutlich. Natürlich wird der Interpretationsspielraum der Vorschriften bei Alternativprojekten anders gehandhabt – meist unbewußt schärfer – als bei "normalen" privaten oder öffentlichen Projekten. Aber die Reaktionen sind zwiespältig. Von vielen Institutionen nur geduldet, stehen ihnen einige doch wohlwollend gegenüber, nimmt ein Großteil der Alternativen doch ohne finanzielle Unterstützung sozialstaatliche Aufgaben wahr – in der Jugendfürsorge, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe und erfaßt damit Protestpotentiale.

Dabei ist die Frage, ob diese Protestpotentiale gebunden oder entfaltet werden, nicht nur eine Frage an die Organisation und Struktur der einzelnen Gruppen, sondern ebenso abhängig von gesamtgesellschaftlichen Strömungen, Bewegungen, Prozessen. Häufig wird sogar der gesellschaftspolitische Bezug der Alternativen von außen durch Aktionen des Machtapparats des Staates (Polizei, Verfassungsschutz, BGS) definiert, ohne daß in den einzelnen Gruppen subjektiv-bewußt ein politischer Anspruch formuliert werden muß. "Aus solchen Gruppen, die mit basisdemokratischen Organisationsformen und alternativen Lebensweisen 'systemverändernde Widerstands- und Kampfformen' propagieren, erwüchsen immer neue Terroristen, meinte der Innenminister (FR, 9.12.77). Dann werden noch in der kleinsten Landkommune die Sympathisanten überwacht und Tagungshäuser und andere Alternativprojekte im 'deutschen Herbst' '77 auf den Kopf gestellt. Auf einmal stehen die Landkommunen, die sich vor mehreren Jahren in den damals sehr ruhigen Raum Lüchow-Dannenberg zurückgezogen hatten, dank niedersächsischem Verfassungsschutz als die hundert linksextremistischen Wohngruppen da, die die "Schlacht um Gorleben" vorbereiten. So wird der politische Zusammenhang doppelt organisiert, von außen durch Repressionen des Staates, von innen durch Kooperation und gemeinsamen politischen Kampf der alternativen Gruppen.

Daß das Ziel der Kooperationsfähigkeit innerhalb und außerhalb der Gruppe quer steht zur täglichen Praxis, wurde auf den verschiedenen Treffen und Tagungen bei den Debatten über die ökonomische Struktur der Projekte, Finanzierung, Rechtsform, Öffentlichkeitsarbeit, Sozialversicherungsfragen, Dachorganisation (ja oder nein?) offensichtlich. Überlagert wurden diese Diskussionspunkte ständig vom Problem der Beziehungsstrukturen in den Gruppen: Autoritätskonflikte, Rollenverhalten, Zeit- und Arbeitsverteilung, Zweierbeziehungen. Dabei beeinträchtigte nicht so sehr die Nabelschau in der Gruppe die Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Arbeit nach außen, sondern eher umgekehrt verhinderten die konkreten Anforderungen der Arbeitsorganisation, daß Konflikte innerhalb der Gruppen ausgetragen werden konnten. D.h. die Zeitstruktur der Arbeits- und Organisationsabläufe überlappt und überlagert ständig die Zeitstruktur der Lernprozesse innerhalb der Gruppe.

Netzwerke und Gegenöffentlichkeit

Durch die ständige Konfrontation mit Ansprüchen anderer Projekte und Gruppen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wer-

Kleine Schritte im Alltag

Entwürfe für ein sozialistisches Leben – Eine Aufforderung zur Mitarbeit

1. Warum wir eine Zukunftswerkstatt brauchen

Wir, das sind bis jetzt 15-20 SB-Leute aus Hamburg, Kiel, Kassel und Frankfurt, waren im Herbst 1979 auf einer SB-Arbeitsgruppen-Tagung in Kassel, deren Ziel es war, uns über unsere eigene politische Sozialisation und die der anderen Teilnehmer klarer zu werden. Im Mittelpunkt der Diskussion und Erfahrungsberichte standen dort eher rückblickende Fragen: "**Woher** komme(n) ich (wir)?"; "**Wie** bin ich **rot** geworden?" usw.

Der Prozeß der Standortbestimmung und Orientierung, der damit in Gang gesetzt war, forderte gleich eine gegenwartsbezogene Frage heraus: "Wo stehe(n) ich (wir) **jetzt**, was sind meine Erwartungen und Bedürfnisse in Bezug auf meinen/unseren Alltag, auf meine/unsere politische Praxis und Theorie?" Da wir aber unsere Erwartungen und Bedürfnisse nur im Hinblick auf eine nähere oder fernere **Zukunft** – die möglichst schnell Gegenwart werden soll – formulieren können, müssen wir uns über unser Ziel, unsere konkrete Utopie, ein Stück mehr Klarheit verschaffen. Wir haben seit Kassekl in einigen Arbeitsgruppensitzungen gemeinsam überlegt, wie wir die Sache anpacken könnten. Da es sich nicht nur um unser Problem handelt, waren wir uns bald relativ einig, daß eine öffentliche und offene Veranstaltung Bestandteil des genannten Klärungsprozesses sein sollte.

Einig waren wir uns auch darüber, daß theoretische Fernziel- und Modelldiskussionen nur dann einen praktischen Wert bekommen, wenn wir sie mit eigenen Erlebnissen und Erfahrungen verknüpfen können, wenn Leute mitmachen, welche die bessere Wirklichkeit nicht nur denken, sondern mitten im schlechten Bestehenden experimentell probieren.

Die **Zukunftswerkstatt** will beides: Mehr Klarheit über unsere konkrete Utopie und mehr

---

FORTSETZUNG VON SEITE 17

den die Erfahrungen und die Praxis in den einzelnen Tagungshäusern permanent hinterfragt, erweitert und miteinander vermittelt. Hier bahnt sich so etwas wie ein kollektiver Lernprozeß an. Informelle Kontakte und gegenseitige inhaltliche Kritik bilden sich aus dem ständigen Wechsel der Gruppen, die die Tagungshäuser besuchen. Dazu kommt, daß in fast allen Häusern auch geplante Veranstaltungen über Selbstorganisation, alternative Ökonomie und Alternativprojekte stattfinden, bei denen die Praxis der Projekte selbst ebenfalls auf der Tagungsordnung steht; so die Sommerschulen des SB oder die regelmäßigen Seminare der AG SPAK zur "Alternativen Ökonomie". Weitere Schwerpunkte im Seminar- und Veranstaltungsangebot der Selbstorganisierten Tagungshäuser liegen im handwerklich-kreativen Bereich sowie in Angeboten zur Selbsterfahrung und zu aktuellen politischen – meist regionalen – Themen. Nicht Ausgrenzung, sondern im Gegenteil Vermittlung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse ist das Ziel. Hier entsteht eine informelle Gegenöffentlichkeit, die über personale Kontakte und Interessen verknüpft wird und nicht durch eine streng gegliederte Organisationsform. In den verschiedenen regionalen und überregionalen Treffen zeichnen sich Formen ab, die zwar innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise verwertet werden, aber doch über diese hinausweisen: Dezentralisation von Entscheidungen und Produktionszusammenhängen, Projektorientiertheit, Teamarbeit, Kooperation von Kopfarbeit.

Innerhalb der Alternativen verlaufen die Brüche und ungleichzeitigen Widersprüche auf der ökonomischen Ebene zwischen der formalen sowie stofflichen Seite des Arbeitsprozesses und der Abhängigkeit vom gesamtgesellschaftlichen Verwertungsprozeß. Auf der einen Seite also Aufhebung der Entfremdung im Arbeitsprozeß, Verminderung von Ersatzbefriedigung, gemeinsame Planung der Ressourcen, Gebrauchswertproduktion, auf der anderen Seite eine "ursprüngliche Akkumulation subkulturellen Kapitals" (Schwendter) mit einem hohen Anteil an variablem Kapital, Selbstausbeutung, mangelnder Akkumulationsfähigkeit und Umverteilung von Revenue (Lohnarbeit, Spenden, Kredite, Renten ...). Die Grenzen einer alternativen Ökonomie innerhalb des kapitalistischen Systems werden schnell deutlich. Aber der Kapitalismus soll ja nicht mit einer Gegenökonomie niederkonkurriert werden, die Alternativen hätten sich sonst schon voll auf ihn eingelassen. Sondern durch die Art der Arbeitsorganisation und die Gebrauchswertbezogenheit alternativer Produktion (und hier ist nicht nur die Warenproduktion gemeint) wird die Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufhebung kapitalistischer Produktionsweisen demonstriert. Also: Kollektive und genossenschaftliche Produktion (vielleicht sind es die Marxschen Kollektivfabriken?) als politisches Mittel, als Beispiel für Tendenzen und Richtungen.

Die Widersprüche sind natürlich nicht aufgehoben, werden zum Teil nur reproduziert: z.B. Konkurrenz und der subjektive Ausdruck derselben in und zwischen den Gruppen (Autoritätsprobleme, ideologische Abgrenzung, Gebrauchswertdiversifikation, Leistungsdruck). Aber das ist nur die eine Seite, auf der anderen stehen die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, des Austauschs und der gegenseitigen Hilfe. Und die Fluktuation in und zwischen den Gruppen – wie schmerzlich auch immer – stellt eine Chance zur Verbreiterung der Alternativen und für Lernprozesse innerhalb der Bewegung dar.

Konkret bedeutete das für die Tagungshäuser bisher:

- regelmäßige Treffen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe beim Aufbau einzelner Häuser;
- Vermittlungen von Qualifikationen, Methoden und Erfahrungen durch regelmäßige Infos, personellen Austausch und informelle Kontakte;
- Hilfestellung zur Arbeitsorganisation, Öffentlichkeitsarbeit und sozialen Schutzfunktion der Projekte (Ansätze zur Kooperation bei der Belegung der Häuser, Diskussionen über Versicherungsfragen).

KLAUS MÜSCHEN/LEESTAHL

(Eine Liste alternativer Tagungshäuser ist im Büro in Offenbach erhältlich)

Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung im Alltag; statt auf den großen Tag zu warten, sehen, wo heute schon mit dem besseren Leben angefangen wird und wie wir selbst damit anfangen können.

2. Was ist und was sein soll: Der große Widerspruch

Daß am Bestehenden was faul ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen, spürt fast jeder mehr oder weniger deutlich. Einige Stichworte mögen daher genügen: Wirtschaftliches Wachstum, das zur Umweltzerstörung führt; Rüstungswahn, der die Kriegsgefahr erhöht; ein Gesundheitswesen, das kranke Menschen mit reparaturbedürftigen Maschinen gleichsetzt; für die meisten Menschen eine Arbeit, die ihnen zwar Geld, aber kaum Sinn oder gar Freude vermittelt; ein Bildungswesen, das den Schüler und Studenten zunehmend als Investitionsobjekt und zukünftigen Kapitalfaktor begreift statt als lebendigen Menschen, der durch Lernen seine Anlagen und Kräfte entfaltet und so den **qualitativen** Reichtum der Gesellschaft vermehrt; wenige Möglichkeiten, in Würde alt zu werden; schließlich als Krönung des Ganzen, Medien wie BILD und eine Freizeitindustrie, welche die Menschen so abstumpft und verdummt, daß sie sich das alles gefallen lassen und dafür auch noch bezahlen, mit Geld und mit ihrer Lebenszeit ...
Wenn diese Zustandsskizze auch nur einigermaßen stimmt, so leuchtet wohl ein, daß viele das nicht mehr aushalten und nach einem Ausweg zu suchen beginnen. Damit sind wir bei der breite Palette von Reaktionen angelangt, die alle mehr oder weniger entfaltet Möglichkeiten zur Überwindung des schlechten Bestehenden in sich enthalten: Individuelle Gegenwehr, gemeinsame organisierte Opposition, Selbsthilfeprojekte, Zukunftswerkstätten, Bürgerinitiativen, alternative Wissenschaft, Entwürfe einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ...
Konkrete Utopie, das, was sein soll, beginnt also in den Menschen zu gären und zu arbeiten. Dabei rücken wieder Leitbegriffe in den Vordergrund, von denen wir die meisten seit langem kennen:

Solidarität statt Konkurrenz
Gleichheit statt unterschiedlicher Lebenschancen
Freiheit statt Herrschaft von Menschen über Menschen
Selbstbestimmte Arbeit statt Chefs
Basisdemokratie statt bürokratisch-technokratische Menschenverwaltung
Menschliche Produktivität statt Konsumidiotie
Dezentralisierung statt Überzentralisation
Menschliche Technik statt maschinenangepaßter Menschen
Kommunikation statt Berührungsangst
Freundlicher Umgang mit der Natur statt Zerstörung unserer Lebensgrundlagen
Autonomie statt Abhängigkeit ...

Aufgabe der Zukunftswerkstatt ist es:
1. Mit Hilfe derartiger Leitbegriffe zu prüfen, ob gegenwärtige Projekte/Ansätze, Teile einer besseren Wirklichkeit schon realisieren;
2. Zu überprüfen, inwieweit diese zum großen Teil traditionellen Begriffe zur Bezeichnung unserer konkreten Utopie heute tauglich sind.
Die Summe der Leitbegriffe ergibt das, was ursprünglich mit Sozialismus/Kommunismus gemeint war, nämlich eine Gesellschaft, in der der Mensch dem Menschen ein Freund ist, in der das "Sein" und nicht das "Haben" zählt, in der das Interesse des einzelnen zugleich das Interesse aller ist, in der die Welt zur Heimat geworden ist:

Leben
einzeln und frei
wie ein Baum
und brüderlich
wie ein Wald
ist unsere Sehnsucht
(Nazim Hikmet).

Wenn aber der große Widerspruch so stark ist wie heute, dann wächst auch die Sehnsucht und die Notwendigkeit, begehbare, im Alltag sichtbare und umsetzbare Wege zum besseren Leben hin zu finden. Und hier gibt es kein sicheres Rezept, wohl aber eine breite und wachsende Vielfalt von Experimenten.

3. Das Gemeinsame in der Vielfalt wiederentdecken

Seit dem Großen Ratschlag zur Alternativen Ökonomie in Hamburg 1978 hat sich einiges getan. Damals haben viele von uns zum ersten Mal entdeckt, daß es jenseits von Gewerkschaften, traditionellen Parteien, linken Gruppen und Diskussionen bereits eine ganze Reihe Projekte gab, die konkrete Utopie praktisch ausprobieren. Die ASH, der Finkhof, das Netzwerk, die Sommerschulen des SB, das ABC in Hamburg, die Grünen Radler u.a. sind aus unseren Köpfen und aus unserer Umgebung kaum mehr wegzudenken. Wir brauchen sie bereits, zumindest als Phantasieanreger und Hoffnungsmacher.
Die große Bewegung, die die Freie Republik Wendland und ihre (vorläufige) Besetzung durch die Staatsgewalt ausgelöst hat, hängt vielleicht auch damit zusammen, daß dort ein Stück konkreter Utopie erlebt und "angefaßt" werden konnte, nicht nur im Kopf vorgestellt.
Mit der Zukunftswerkstatt wollen wir bewußt an den Großen Ratschlag von 1978 anknüpfen, die Kontakte, die damals hergestellt wurden, vertiefen und erweitern, einen Überblick gewinnen, was sich seitdem entwickelt hat, neue Anstöße für unsere Phantasie und unseren Alltag bekommen ...
Auch strategische Fragen nach der Verbreiterung und Öffentlichkeitswirkung – z.B. Kontakte zwischen Gewerkschaften, politischen Organisationen und Selbsthilfeprojekten – gehören in den Zusammenhang der Zukunftswerkstatt.

4. Die Zukunftswerkstatt beginnt nicht erst im November

Da wir – die derzeitige Initiativgruppe – uns nicht nur als Veranstalter, sondern als Mitarbeiter an der Zukunftswerkstatt verstehen, soll sie für uns und alle schon jetzt beginnen. Nach Hamburg sollen möglichst viele Leute kommen, die das Treffen bereits als ihre eigene Sache empfinden, weil ihre Arbeit drin steckt.
Das bedeutet breit gestreute dezentrale Vorbereitung und bereits jetzt anlaufende Kommunikation mit allen Menschen, die Lust haben, mitzumachen. Das Hamburger Wochenende wird nur dann eine besonders intensive Kommunikationsstelle, ein Mutmacher, der

uns für den Alltag wieder mit Lust und Kraft aufladen soll.
Die "obligatorische" **Broschüre** soll diesmal keine sein, sondern eher eine "Werkstatt-Mappe" für die 2, 3 Tage in Hamburg, mit Fotos, Zeichnungen, Beispielen, Service-Hinweisen (?), Liedern, Aufstellung der Tagungskosten. Wir bitten alle, die dazu eine Idee haben, uns dieselbe mitzuteilen, je früher, desto besser.

5. Wie wir uns den Ablauf in Hamburg vorstellen

Von Freitag (Spätnachmittag), den 21.11.80, bis Sonntag, den 23.11.80 (mittags):
Freitags:
- ab 18 Uhr in der "Markthalle" Kennenlernen der Werkstatt-Gruppen;
- einleitende Thesen, Problemskizze;
- Musik: selbstgemacht & vorgemacht;
- Sketche, Theater

(dies alles in bunter Mischung).
Sonnabends:
- von 9-19 Uhr Werkstatt-Gruppen, möglichst "vor Ort";
- abends ein Fest, laut & leise, für große Gruppen und kleine Zusammenkünfte in allen Räumen der "Markthalle".

Sonntags:
Präsentation von Arbeitsergebnissen, Rundgespräche über unsere großen und kleinen Wünsche, Hoffnungen und Träume, unsere Politikverständnis, unsere konkreten Utopien...

6. Folgende Werkstatt-Themen sind geplant:

Wir haben die Werkstatt-Themen aus den schlechten bestehenden Verhältnissen und unseren Zukunftswünschen abgeleitet. Dabei haben wir in Kauf genommen, da die Abstraktions- bzw. Konkretionsebenen unterschiedlich sind. Zum Teil verbergen sich hinter einem Themenbereich mehrere Bearbeitungsanlässe:

(1) Delegations- und Funktionärspolitik der Gewerkschaften; Fremdbestimmung der Arbeit *Anders leben im Betrieb; Selbstverwaltete Betriebe*
(2) Dreigliedriges Schulsystem, Trennung von Leben und Lernen – *Alternative Schulen, Selbstverwaltete Tagungshäuser, Sommerschulen usw.*
(3) Banken, Kredit, Zinsen – *Alternative Ökonomie, PoVo, Netzwerk, bedürfnisgerechte Planung*
(4) Parteien, parlamentarische Rituale, repräsentative, pluralistische Demokratie; Bürgerlich-repräsentative Demokratie, Delegation der Macht – *Bürgerinitiativen als basisdemokratische Übungsfelder; Neuer Politikbegriff, neue politische Formen (SB, Basisgruppen, BIs)*
(5) Einfamilienhäuser, Parzellierung, Schlafstädte, Trennung der Generationen – *Stadthäuser, Landkommunen, Wohngemeinschaften*
(6) Sozialpädagogik als Sozialpolizei, keine öffentlichen Denkprozesse möglich – *Kommunikative Einrichtungen (Clubs, Jour fixe, Jugendzentren in Selbstverwaltung)*
(7) Verwahrpsychiatrie, geschlossene Anstalten, Krankenverwaltung, Entfremdung, Krankheit als Mangel – *Gruppenpraxen, medizinische Selbstversorgung, Gemeindepsychiatrie; Selbsterfahrung und Therapie*
(8) Patriarchat, Rollenfixierung – *Frauengruppen, Männergruppen und entsprechende Lebenszusammenhänge*
(9) Chemische Überfütterung des Wachstums von Nahrungsmitteln, Interesse der Chemie-Multis – *Natürliche Ernährung*
(10) Individualverkehr, Parzellierung des Lebens – *Alternative Verkehrsmittel, -planung, -techniken*
(11) Bewußtseinsindustrie, Manipulation – *Alternativer Mediengebrauch und -einsatz, Erfahrung und Gegenöffentlichkeit*
(12) Raubbau an der Natur – *Allianz-Technik*
(13) Automation/EDV – *"elektronische" Rätedemokratie?*

Wir bitten alle Freunde, Genossen und Interessierte über ihre Phantasien, Wünsche und Ergänzungen zum Programmentwurf mit uns in Kontakt zu treten (Sozialistisches Büro, Hamburg, Atonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Arbeitsgruppe "Zukunftswerkstatt", Tel. 433289 oder "Zukunftswerkstatt", Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.
Wir freuen uns darauf!
Genossinnen und Genossen aus Kiel, Hamburg, Kassel und Frankfurt als SB-Vorbereitungsgruppe.

Berufsverbote 1979/80

Die "Liberalisierung hat nicht stattgefunden

Im Januar 1979 beschloß das Bundeskabinett, die Berufsverbotspraxis, die dem Hamburger "Radikalenerlaß" von 1972 gefolgt war, gründlich zu ändern. So schien es. Immerhin wollte sowohl die Bundesregierung, wollten alle SPD/FDP-regierten Länder auf die Regelanfrage beim Bundesamt bzw. den Länderämtern für Verfassungsschutz verzichten. In der Regel sollte von der Vermutung der Verfassungstreue des Bewerbers für eine Position im öffentlichen Dienst ausgegangen werden. Nur bei begründeten Vermutungen sollte die Verfassungstreue des Bewerbers individuell getestet werden. Aus einem Berufsverbote-System sollte ein differenziert einzusetzendes Notinstrument werden. So schien es.

Berufsverbote einst ...

Die Wirklichkeit entspricht aber nicht den regierungsamtlichen Verheißungen. Die Berufsverbote sind auch in SPD/FDP-regierten Ländern ein von der Verfassung des Grundgesetzes nicht vorgesehener Faktor des "Staatsschutzes" geblieben. Gelungen ist es allein, den allgemein willkommenen Eindruck zu vermitteln, als handele es sich bei den wenigen Berufsverboten, die hin und wieder publik werden, um bürokratische Nachhutgefechte oder um Aktionen im schwarzen Teil der Bundesrepublik, der nicht "sozialliberal erhellt" ist.
Eine gründliche Recherche der Arbeitsgruppe Berufsverbote des Komitees für Grundrechte und Demokratie hat nun entgegen den wohlgefälligen Verdrängungstechniken der Behörden und einer unkritischen Öffentlichkeit ergeben: Das Berufsverbot, diese illegitime und illegale Wucherung eines mißverstandenen Verfassungsschutzes, lebt und fühlt sich wohl. Es wirkt sich aus, fort und fort. Das Berufsverbot ist verinnerlicht worden, hat sich verfeinert und in halbstaatliche und formell private Bereiche hinein weit ausgedehnt. Das Berufsverbot hat auch schon, in diesem Sinne durchaus effektov, seine eigenen angepaßten Kinder oder umgekehrt ein Abkoppeln von Betroffenen aus gesellschaftlichen Arbeitszusammenhängen erreicht.
Die Lebendigkeit des Berufsverbots läßt sich u.a. an folgenden Symptomen und Indizien

nachweisen:

● Trotz angeblich veränderter Praxis sind auch 1979/80 nachweislich 258 Verfahren in Sachen Berufsverbot anhängig. Kenntzeichen dieser Verfahren ist es, daß sie, wenn auch mutmaßlich etwas rückläufig, über die ganze Bundesrepublik verteilt und nicht auf CDU/CSU-regierte Länder beschränkt sind. Von 134 Neu-Fällen (nach dem 1.1.1979) entfallen 40 Prozent auf CDU/CSU-regierte und 47 Prozent auf SPD/FDP-regierte Länder sowie 7 Prozent auf Berlin; von den 63 Neu-Fällen in SPD/FDP-regierten Ländern sind 40 Prozent auch noch nach Erlaß der Richtlinien anhängig. Einge gewisse Massierung von Fällen ist bei Bundesbahn und Bundespost, in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

● Die Begründung für Berufsverbote konzentrieren sich ganz überwiegend auf politische Partei- und Organisationsmitgliedschaften sowie auf andere "parteipolitische Bindungen" (74 Prozent). In 15 Prozent der Fälle wurde den Betroffenen ihre Mitgliedschaft, Aktivität oder Kandidatur für studentische Organisationen als schwerwiegendste Erkenntnis vorgehalten.

● Die Lehrer (und Studienreferendare) stellen 59 Prozent der Betroffenen. Es folgen die Beschäftigten bei Bahn und Post (14 Prozent) und das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen (12 Prozent).

● Die "Liberalisierung" ist vor allem deshalb eine optische Täuschung, da sich der Rückgang des studentischen politischen Engagements (1974-1976) erst jetzt richtig auswirken kann. Die Präventionswirkung politischer Disziplinierung hat somit zugenommen. Der öffentliche Dienst als Berufsfeld wird gerade wegen der zu erwartenden Disziplinierung von politisch Engagierten zunehmend gemieden.

● Auch die "Liberalisierung" der Richtlinien hat nicht stattgefunden. Nach wie vor wird nicht von der Vermutung der Verfassungstreue der Bewerber ausgegangen. Der Begriff des "tatsächlichen Verhaltens" wird nicht weiter qualifiziert und ist somit beliebig dehnbar. Die Mitgliedschaft in einer "verfassungsfeindlichen" Partei kann sogar wieder als einziges Element herangezogen werden.

● Die scheinbar so rechtssichernde Einzelfallprüfung hat die Unsicherheit ins Unmeßbare vergrößert, weil Rechtssicherheit erst dann gewährleistet gewesen wäre, wenn klare Kriterien angegeben worden wären, wer wann aufgrund welcher Vergehen/Aktivitäten mit Anfragen, Überprüfungen usw. zu rechnen hätte. Die sogenannte Regelanfrage ist zwar verbal abgeschafft, aber es lassen sich sehr verschiedene Wege nachweisen, wie solche Anfragen gleichwohl erfolgen (können), oder Anhaltspunkte gewonnen werden (Amtsblätter, parlamentarische Anfrage, Personalfragebögen, "Rasteranfrage", "kurzer Kontakt" Einstellungsbehörde – Verfassungsschutz, Deklarierung zum "sicherheitsempfindlichen Bereich", der dehnbare Grundsatz der "Verhältnismäßigkeit" etc.).

● Ein grundgesetzlich begründetes rechtsstaatliches Verfahren ist nicht gewährleistet, wenn das Verwaltungsermessen auf Kosten des Bürgers unkontrollierbar und unberechenbar ausgeweitet wird. Das rechtsstaatliche Verfahren kann auch durch Verwaltungs- und Arbeitsgerichte nicht wieder hergestellt werden, die erst dann in Aktion zu treten vermögen, wenn ein "Fall" passiert ist. Zudem scheint die gerichtliche Praxis in Sachen Berufsverbot wie ein Irrgarten, in dem der eine oder andere allenfalls einmal "Glück" haben kann. Der in der Verfassung nicht vorgesehene Unbegriff des "Verfassungsfeindes", den die Exekutive und die Verfassungsschutzämter nach Belieben ausdehnen oder einschränken können, wird auch von einem Teil der Gerichte, insbesondere dem Bundesverfassungsgericht und den Verwaltungsgerichten angewandt, als ob man hiermit ein Kriterium besäße.

Die versuchte "Liberalisierung" des Berufsverbots im Frühjahr 1979 ist nicht zufällig verfehlt. Sie mußte scheitern. Man kann mit Retuschen und anderen Regelungen eine prinzipiell falsch angelegte Politik tarnen und ihre Praktiken vertuschen. Man kann diese Politik und ihre schädlichen, aus der Perspektive eine lebendigen demokratischen Grundgesetzes verhängnisvollen Wirkungen nicht beseitigen. Dazu genügt keine kosmetische Operation; dazu bedarf es eines chirurgischen Eingriffes. Das heißt für die Betroffenen und um der Grundrechte willen sind folgende Konsequenzen unabweislich, für die es sich nach wie vor zu engagieren gilt, damit das Berufsverbot wieder verschwindet:

1.) Das in Art. 33 Abs 2 des Grundgesetzes allen Deutschen garantierte Recht auf gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst und das in Art. 33 Abs. 3 ausgesprochene Verbot jeglicher Diskriminierung lassen eine Überprüfung der Verfassungstreue und der politischen Gesinnung nicht zu. Demgemäß sind alle institutionellen Vorkehrungen, die einer solchen grundgesetzwidrigen Gesinnungs- und Treueprüfung dienen, ersatzlos abzuschaffen.

2.) Die nach Art. 33 Abs. 5 zu berücksichtigenden "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" können zusammen mit dem Beamtenrecht nicht dazu herhalten, ein außerhalb des Grundgesetzes stehendes Sonderrecht für öffentliche Bedienstete zu konstruieren. Vielmehr zwingen die Grundrechte dazu, die Rechte der Beamten und ihre Interpretation strikt an die grundgesetzlichen Regelungen anzuknüpfen. Den Grundrechten zuwider stehendes Beamtenrecht und zuwider stehende Interpretationen der herrschenden Meinung sind zu korrigieren.

3.) Unabweisbar ist eine Kompetenz- und Praxisbeschränkung der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz. Die Ämter für Verfassungsschutz haben im Bereich des normalen Sozialverhaltens von Bürgern nichts zu suchen, nichts zu beobachten und nichts zu speichern.

4.) Der nahezu beliebig dehnbare Begriff "sicherheitsempfindlicher Bereich" ist klar und deutlich zu benennen und erheblich einzuschränken. Der Unbegriff des "Verfassungsfeindes" hat sowohl im rechtlichen als auch im politischen Raum keinen Platz.

Im Falle der Berufsverbote sind keine Halbheiten möglich und keine Kompromisse angebracht. Kritische Öffentlichkeit, Aktionen und Widerstand sind in dieser Sache solange vonnöten, bis das letzte Berufsverbot abgeschafft ist.

AG Berufsverbote des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Das Komitee hat einen 160seitigen Bericht zur Berufsverbotspraxis 1979/80 herausgegeben, der gegen Voreinsendung von DM 20,-- erhältlich ist über Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., 6121 Sensbachtal.

BAUSTELLE fordert Unterstützung durch die Öffentlichkeit

Laut Frankfurter Rundschau vom 27.5.80 haben nunmehr die Städte Darmstadt und Wiesbaden eine Gesellschaft mit dem Firmennamen "Kinder- und Jugendtheater Rhein-Main" gegründet. Dieses Theater soll zu einem Drittel aus den Einnahmen, die anderen zwei Drittel durch das Land Hessen und die beiden Städte finanziert werden. Die jährlichen Kosten werden auf ca. 700.000 DM geschätzt. Es wird dabei allerdings tunlichst verschwiegen, daß in Wiesbaden seit drei Jahren ein mobiles Jugendtheater existiert. Es handelt sich dabei um eine freie Gruppe, die "BAUSTELLE", die pädagogisch-politisches Kinder- und Jugendtheater macht. Sie hat mittlerweile 3 Stücke geschrieben, inszeniert und gespielt.

Durch dieses neue Theater entsteht für die BAUSTELLE eine Konkurrenz, die, da die BAUSTELLE zu 90% von den Einnahmen durch die Aufführung leben muß, existenzbedrohend ist. Wir, die Mitglieder der Gruppe, fragen uns, warum wir 1.) nicht mit in die Planung des neuen Theaters einbezogen wurden (wir erfuhren durch eine Zeitungsnotiz von den Plänen) und 2.), warum wir so um Zuschüsse kämpfen müssen, während andere offensichtlich sehr viel weniger Schwierigkeiten damit haben.

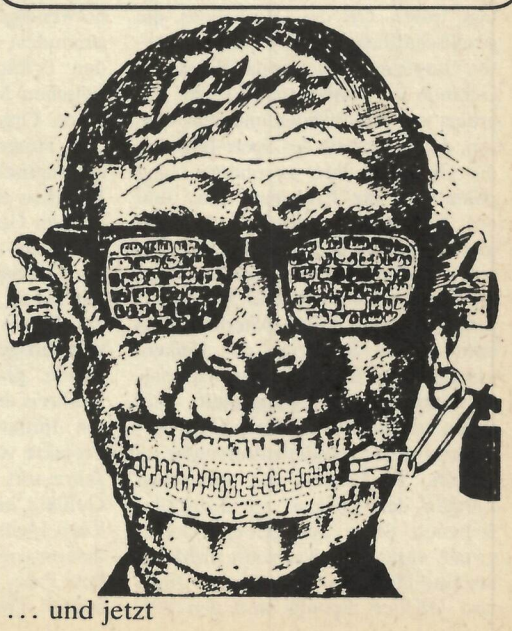
Als wir vor 3 Jahren bei Stadt und Land um Bezuschußung baten, wurde uns gesagt: "Leistet erst mal etwas, dann werdet ihr auch bezuschußt."

Nun, geleistet haben wir genug. Allein das Jugendstück "High Life" wurde mittlerweile in einem Jahr ca. 130 Mal aufgeführt. Weiter wurde die BAUSTELLE im Mai 1980 als Vertreterin der Stadt Wiesbaden zu Veranstaltungen im Rahmen der Städtepartnerschaft nach Klagenfurt (Österreich) entsandt, wo wir das Jugendstück und das Kinderstück "Wie zähmt man einen Drachen?" aufführten.

Die Kulturkommission in Wiesbaden erklärte bei ihrer letzten Sitzung offen, daß die BAUSTELLE unterstützungsbedürftig sei, und daß man an die Finanzierung von Produktionen denke. Doch leider geschah von dieser Seite bisher nichts.

Zur Unterstützung der Forderungen der BAUSTELLE nach Anerkennung unserer Arbeit und insbesondere finanzieller Unterstützung wurde auf dem letzten Treffen der "Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit" in Frankfurt von 37 freien Theatergruppen und Angehörigen städtischer Theater eine Resolution verabschiedet. Dieser Resolution schlossen sich bis jetzt ca. 400 Einzelpersonen an. Die Unterschriftensammlung ist noch nicht beendet und die BAUSTELLE fordert alle Interessierten auf, sie mit ihrer Unterschrift, mit Leserbriefen, Schreiben an die Stadt Wiesbaden und das Land Hessen zu unterstützen.

Unsere Adresse lautet: BAUSTELLE – mobiles Jugendtheater, Bierstädter Str. 7, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/373700.



... und jetzt

Rock gegen Rechts in Frankfurt/Main

Die 2. Auflage von "Rock gegen Rechts" in Frankfurt bot sehr widersprüchliche Erfahrungen. Zehntausende von Teilnehmern sorgten zwar dafür, daß das "Deutschland-Treffen" der NPD nach Nordhessen verlegt werden mußte. Was sich jedoch auf der Bühne des Rebstock-Geländes abspielte, läßt sich wohl kaum als gelungene politische Gegenveranstaltung ansehen. Politische Diskussionsbeiträge wurden durch den Veranstalter-Proporz – Ergebnis eines ach so breiten Bündnisses von KB bis DKP – nach Möglichkeit vermieden. Lediglich einige der Musikgruppen rockten gegen die programmgemäße politische Kastration an. Die politische Entmündigung erreichte bei der offiziellen 17.-Juni-Veranstaltung auf dem Römerberg ihren skandalösen Höhepunkt, wo die "erste Gesellschaft", die sich zuvor von dem RgR-Bündnis distanzierte, mit kräftigen Lautsprechern ein ihnen und ihren Aussagen wohl eher distanziert-kritisch gesonnenes Publikum mundtot machen konnte. Hoffnungsvolles spielte sich vor allem unter den vielen tausend, überwiegend jugendlichen Teilnehmern ab. Vom kommerziellen Jahrmarkt der Freßbuden und Verkaufsstände umrahmt, entstand ein libertäres Milieu, in dem mehr anti-autoritärer Schwung und politische Kraft steckte, als der offizielle Veranstaltungsrahmen zur Entfaltung kommen ließ. Dies wird in den beiden nachfolgenden Beiträgen deutlich, wobei sich Sylvia Strasser stärker auf die politische Ebene, Bernd Leukert eher auf die musikalischen Beiträge konzentriert.

Lebenslust ...

Rock-Musik aus deutschen Landen machte unmögliches möglich: zwei Tage lang konnten alle Unstimmigkeiten, Unterschiede, Ab- und Ausgrenzungsdefinitionen, die die politischen Organisationen und Gruppen der alten und neuen Linken splittern, spalten und in Reibungswärme versetzen, unter den Tisch gefegt werden. "Rock gegen Rechts" war der gemeinsame Nenner für eine große Familie, in deren einladendem Scho/ sich zwei Tage ganz so leben ließ, als wäre die Welt in Ordnung und Einigkeit und Frieden im Lande. Eine Szene der demonstrierten Verbundenheit und Sympathie, genährt von einem, durch den mühsam aufrechterhaltenen Kompromiß auf gegenseitige Toleranz etwas geschmacklos geratenen antifaschistischen Eintopf, in dem die einzelnen Ingredienzen nicht mehr zutage traten. Ort des Geschehens, die gesellschaftliche Enclave einer konkreten Utopie auf Zeit, war das Rebstock-Gelände im Frankfurter Westen, begrenzt von Autobahnen und dem Wissen, daß außerhalb des Sperr-Bezirkes die Großstadt ihre gewohnten Gang nahm. An die Ereignisse vom Juni des Vorjahres anknüpfend, versammelten sich auf der grünen Wiese zwischen Podium und Verstärker-Anlage am 14. und 15. Juni rund 50.000 Jugendliche und Mittel-Alterliche aus dem breiten Spektrum der Linken, um gegen die Schatten einer nationalsozialistischen Vergangenheit und deren unbelehrbare "Ewig-Gestrige" zu demonstrieren oder zutreffender, zu rocken. Rockmusik aus deutschen Landen, der "Button" mit denm lilafarbenen Stern auf gelbem Untergrund, vereinigte, was sonst nicht unter eine Haube zu kriegen war: Jusos und DKPler, Spontis und den KB, die Falken und das SB, den MSB und die Grünen, die GIM und die Schwulengruppe, Jungverbände, Frauengruppen und Pädophile.

Was seit Jahren keiner politischen Veranstaltung, keiner Kundgebung mehr gelungen war, brachte hier das Vertrauen auf die aus ihren Entstehungszusammenhang abgeleitete rebellische Tradition der Rock- und Reggae-Musik und auf das vordergründige Integrationsvehikel "Neo-Nazis" zustande.

Aus allen Ecken und Winkeln der Bundesrepublik und sogar von jenseits der Grenzen kamen mit Zelten und Schlafsäcken politisch engagierte oder auch nur Musikfans, die das Vorzeichen "gegen Rechts" als nicht weiter stören in Kauf nahmen. Die bunte vieldeutige Palette eines auf Versöhnung und ein allgemeines linkes Lebensgefühl ausgerichteten Open-Air-Festivals, in dem das Massenerlebnis einer gesellschaftlichen Minderheit zum tragenden Moment wurde, war notwendige Voraussetzung für den zumindest zahlenmäßig überwältigenden Erfolg jenes Aktionsbündnisses zwischen Musikergruppen und politischen Organisationen, das sich seit dem Herbst 1978 nach dem Vorbild der englischen "Rock against Racism" Initiative angebahnt hatte.

Daß im Gewühl der über zweihundert Eßbuden und Informationsständen, im Gemisch tüchtiger Alternativler mit einer guten Nase für Geschäfte am Rande des Geschehens, weniger geschäftsgewandten Öko-Freaks vom Lande, gewiften Stimmenfängern im Umkreis der DKP und weniger gewiften Initiativen, die bescheiden ihre Projekte vorstellten, daß hier auf dem Jahrmarkt der unterschiedlichsten Gefühle und Interessen eine gewisse Zurückhaltung ob solch euphorisch demonstrierter Gemeinschaft um jeden Preis nicht fehl am Platze war, bewies allein schon jene Akribie, mit der einzelne Veranstalter samt Ordnern politische Äußerungen, Kundgebungen und Stellungnahmen vom Podium, teilweise sogar schlagkräftig, fernzuhalten trachteten. Just daran wäre wohl jeder in windige Höhen steigende Luftballon der solidarischen Einheit gegen Rechts geplatzt und alle trennenden Standpunkte und Haltungen aufgebrochen, die sich auf diesem Festival des diffusen Protestes gegen ein diffuses Feindbild einträchtig vermengten.

Doch wäre trotz aller Vorbehalte bloßer Zynismus und hochmütiges Naserümpfen angesichts der zur Schau getragenen politischen Unbekümmertheit der Neuen Linken ("Essen, Saufen, Sonnenbad und Musikrausch") fehl am Platz, falsch auch jegliche politische Brisanz einer solchen Veranstaltung abzusprechen. Ob gegen NPD samt Traditions- und Kampfverbände, ob gegen Strauß, Schmidt, Energiepolitik, Umweltverschmutzung oder übergreifender gegen jegliche staatliche Repression: alles, was sich da, wenngleich auch vage, auf Umwegen, über bloßes Grölen (Fäkalienrock von der Gruppe Checkpoint Charly) bis zum gesellschaftlichen Leiden der Dicken (Müsli aus Hanau) an unterschiedlichesten Äußerungen des Unbehagens über eine verwaltete, tabubefrachtete Gesellschaft Ausdruck verschaffte, ist politisch nicht bedeutungslos. Genausowenig wie jenes Ausleben von Sinnesfreuden und Lebenslust, das – abgesehen von einzelnen Aufstöhnern über die durchschnittlich nicht gerade vom Hocker reißende Musik samt schwachen Texten – unter knallender Sonne, zeitweilig von Wolkenbrüchen abekühelt, auf der großen Wiese, im Sperrbezirk des für kurze Zeit nicht "anrüchigen, ruchbaren oder sittenwidrigen" möglich wurde. Eine Sprenung des Alltags im allgemeinen Wohlbefinden, das sich von den allgemeinen Zielen des Protestes gegen soziale Verwaltung und Vergewaltigung auch in konkreten Protesten gegen aktuelle Notlagen weiterverfolgen ließ: unter anderem auch im Verweis auf die zur selben Stunde stattfindende Hausbesetzung in der Frankfurter Siesmayerstraße.

SYLVIA STRASSER

... die "Rodgau Monotons"

"Sämtliche Ähnlichkeiten mit lebenden und toten Säuen sind selbstverständlich ausgeschlossen", verkündete die Gruppe Checkpoint Charlie vor ihrem Song "Du sollst dein Leben nicht den Schweinen geben". Der hat ihnen schon ein gutes Dutzend Strafanzeigen eingebracht. Das Delikt: die Sau im Lied heißt Franz Josef. Und so darf bei uns keine Sau heißen. Das Massenereignis "Rock gegen Rechts" ließ das dennoch zu, und noch viel mehr. Denn das Freiluftfestival "Rock gegen Rechts", von dem die Rede ist, unterliegt keinem festen musikalischen Konzept, geschweige denn einem politischen. Als im letzten Jahr die erste Veranstaltung dieser Art in Frankfurt stattfand, bedeutete das eine Abkehr vom dumpfen Reiz-Reaktion-Verhalten, das bis dahin zu jährlich eskalierenden, gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt hatte: Neonazisische Gruppierungen hielten am 17. Juni in Frankfurt ihr Deutschlandtreffen ab, antifaschistische Gegendemonstranten stürmten dagegen an, Verwaltungsbehörden und Polizei übten formaljuristische und Waffengewalt aus. Im Frühjahr 1979 beschlossen einige linke Gruppen, mit der schon bestehenden Hamburger Musikerinitiative Rock gegen Rechts e.V. zusammenzuarbeiten und nach dem englischen Vorbild "Rock against Recism" durch eine neue Aktionsform das alte Aggressionsritual zu verlassen: Kultur statt Prügel. Daß sich mit Rockmusik eine Massenkultur verbindet, machte den Gedanken unwiderstehlich. Eine Vielzahl von politischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen Organisationen schlossen sich dem Aktionsbündnis an. Da der Rock schon durch das Motto "gegen Rechts" definiert war, verbot sich da jede Deutelei; "Rechts" stand zwar eine vielfältige Palette von Angriffszielen zur Verfügung, aber die Neonazis boten das größte Integrationsvermögen. Anhaltende Streitigkeiten gab es nur mit Organisationen, die der KPD nahestanden, da diese ihren Alleinvertretungsanspruch auch über die Titelschutzrechte ("Rock gegen Rechts") einklagte.

Am 22. März dieses Jahres trafen dann die Gegner in Hamburg zu einem Bundeskongreß zusammen und – einigten sich. Nach deutschem Recht wurde ein Bundesvorstand gewählt, der verbindliche Beschlüsse fällte, aber dem Musikprogramm ohne Rücksicht auf Qualität die Vielfalt beließ. So spielte die Gruppe "Checkpoint Charlie", dere klotzige Anarcho-Sprüche selten mit den anspruchslosen Akkordklötzen in Zusammenhang gerieten, aber auch eine Session-Band aus Frankfurter Free-Jazzern, die wortlos, aber beredt die Spannung, die ihnen der Festivalzusammenhang lieferte, artikulierten. Die Gruppe "Kaltwetterfront" aus Hannover sang von der Angst vorm finalen Rettungsschuß zu einem Punk-Rock, der sogar von eingefleischten Punkern als dilettantisch bezeichnet werden würde, die englische Gruppe "Steel Pulse" aber präsentierte einen rockmusikalisch weiterentwickelten Reggae mit zündenden Instrumentalsoli und ausgefeilten Vokalsätzen, daß auch eingefleischten Reggae-Gegnern das Herz aufging.

Am Sonntag brachte eine Rockformation, die keine "politischen" Texte verwendete im Handumdrehen das Publikum massenhaft auf die Beine: die "Rodgau Monotons" verrockten showgerecht deutsche Schnulzen von Drafi Deutschers "Marmor, Stein und Eisen bricht" bis zum Fernsehserientitel "Heidi". Die Publikumsbegeisterung mußte selbst den Verfassungsschutz irritiert haben, der in seinem Bericht für das Jahr 1979 "Rock gegen Rechts" für einen propagandistischen Erfolg der Linksextremisten hält. Die schnellen Einschätzungen müssen ja nicht immer die richtigen sein. "Floh de Cologne" hat – auch das mag für die Verfassungsschützer interessant sein – längst auf die Parolensongs verzichtet. Mit ei-

nem Auszug aus ihrer Rockoper 'Koslowsky" boten sie eine differenzierte, kammermusikalische Großform an, die die Festivalbesucher zwar nicht zum ausgelassenen Tanz oder zum Sturm aufs Winterpalais verführte, sondern zum konzentrierten Zuhören. Den für das Festival "Rock gegen Rechts" vielleicht bedeutendsten Auftritt hatte die Kölner Rockgruppe "Schröders Roadshow". Die Querelen hinter der Bühne waren bis dahin vom Publikum nahzu unbemerkt geblieben: einige übereifrige Verwalter des Bühnengeschehens hatten im Bemühen, größere politische Reden auf der Bühne zu verhindern (!), auch Leute, die zu einer gerade erfolgten Hausbesetzung in der Frankfurter Siesmayerstraße Stellung nehmen wollten, von Ordnern gewaltsam von der Rampe schleppen lassen. Die Musiker unterbrachen ihr Konzert, und Sänger Gerd Schröder stellte zum Unwillen der Verwalter allen Interessierten das Mikrophon zur Verfügung. Als Interessenten weiterhin der Zugang zur verstärkten Öffentlichkeit verwehrt wurde, kam es vor dem Bühneneingang zu tätlichen Auseinandersetzungen mit schlagkräftigen Ordnern, ein Vorgang, der den herbeieilenden Daniel Cohn-Bendit zu dem Ausspruch hinreißen ließ: "Die faschistische Substanz ist in jeder Massenbewegung, auch bei Rock gegen Rechts". Um die Beklemmungen zu lösen, forderte "Schröders Roadshow" das Publikum auf, Schreie auszustoßen, die die Musiker musikalisch einbanden. Das funktionierte auf beeindruckende Weise.

Eine Gruppe soll noch Erwähnung finden, nämlich "Hans-a-Plast" aus Hannover. Sie spielt deutschen Punk-Rock, doch wie sie den spielt, das ist schon bemerkenswert. Die Sängerin Anette Benjamin, klein und quirlig, singt von ihren Konflikten mit der herkömmlichen Frauenrolle: mit einer außerordentlich wendigen Stimme, witzig und agil, spielerisch, zupackend und mißreißend – ein Erlebnis.

Die Einschätzungen der "Aktionsform Rock gegen Rechts" als eine politische Bewegung gehen weit auseinander. Sie reichen von der argwöhnischen Extremistenbeäugung bis zur (enttäuschten) Verharmlosung: ein paar Halbnackte lassen sich von Musik berieseln. Soll ihnen das "gegen Rechts" helfen? Was ist denn überhaupt an dieser Rockmusik politisch? Die Vorstellung, einige Sentenzen von Karl Marx über grimmig gehämmerten Rockakkorden würden diese jugendlichen Zuhörer auf die Barrikaden schicken, gehört ins Märchenbuch. Das Festival hat gezeigt, daß die kernigen Sprüche und die beliebigen Gitarrenriffs keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Spontane Reaktionen kamen immer dann, wenn sich auf der Bühne in witziger oder spannender Weise das Selbstverständnis des Publikums artikulierte. Und gerade das wird von Außenstehenden gern unterschätzt. Das wachsensible und umsichtige Verhalten von "Schröders Roadshow" (die obendrein noch einen kraftvollen und durchdachten Rock spielten) steht dafür. Es ist auf die Druchsetzung demokratischer Prinzipien gerichtet, wendet sich flink und vehement gegen bürokratische und hierarchische Strukturen. Die etablierten Parteien und politische Organisationen haben bei diesem Volks keine Chancen: Vereinnahmungsversuchen wird mit Mißtrauen begegnet, es entzieht sich der Verwaltung. Die Bewegung "Rock gegen Rechts" als politische Kraft deshalb für bedeutungslos zu halten, kann ein Fehler sein.

BERND LEUKERT

und Rudolf Raabe

Nämlich wie es die "Welt" anderntags beschrieben hat: *"Am Abend begaben sich zwei Beamte der Bundesanwaltschaft, unter anderem Bundesanwalt HARMS, in die Klinik (...) des Prof. J. Schirmeister. Sie trafen den Patienten an, der aber jede Vernehmung zur Sache ablehnte. Er sagte lediglich, er wisse schon, daß ein Haftbefehl gegen ihn bestehe, aber er bleibe hier"!*

Und so "begab" es sich nicht nur, so geschah es denn auch: nachdem zuvor die Herren HARMS & PRECHTEL, bewaffnet mit großkalibrigen Regenschirmen und ganz allein gegen 20.30 Uhr, dem Gewitter eines badischen Platzregens und dem einer dpa-Eilmeldung trotz, verstört und gänzlich unvorbereitet in der schirmeisterischen Klinik eingetroffen waren.

Vorher war Rudolf Raabe – seis auf der Kanonenkugel, seis an Bord der yellow submarine – auf dem ROCK GEGEN RECHTS-Festival in Frankfurt eingetroffen, während ihn zur selben Stunde immer noch ein "hochqualifizierts Team" des BKA in Dublin suchte. Vor den 20.000 RgR-Teilnehmern erklärte Rudolf, warum er überhaupt und weswegen er auf diese Weise seine Rückkehr realisiert wissen wollte.

Er betonte, daß er tatsächlich freiwillig zurückkehre, nicht etwa nur seiner Krankheit wegen. Und daß diese Freiwilligkeit gerade darin bestehe, einen offenen aufrechten Gang öffentlich zu wählen, weil er diejenigen, die ihn so infam verfolgten und aufzubauen wußten, anzuklagen habe, und nicht umgekehrt. Darin habe ihn vor allem die enorme Solidarität der vielen Menschen bestärkt, die seine Kampagne unterstützt hätten.

"Viele, die meine Sache verfolgt haben, dürften sich gefragt und überlegt haben: warum will er zurück? Einige werden gedacht haben, nun ja, wegen seiner Krankheit, die dringend behandelt werden muß, andere mögen gedacht haben, vielleicht findet er die Verhältnisse in diesem Land doch so prächtig, nachdem der Minister Baum etwas über Liberalität erzählt hat. Ich glaube aber nicht daran, daß es hierzulande genuin demokratisch und liberal zugeht, und die nächsten Stunden schon, die ich erleben werde, sind sicher Bestätigung für diese Annahme. Ich bin nach hier bewußt und freiwillig in der Absicht gekommen, mich gegen die Vorwürfe zu wehren, die man mir willkürlich anlastet, um weiter aufzudekken, mit welcher Methode dabei verfahren wurde, um öffentlich klarzumachen, wie die politische Justiz der BRD in ungebrochener Kontinuität die erste Tradition deutscher Ungerechtigkeit praktiziert: Menschen aufgrund ihrer Gesinnung zu verfolgen und zu verurteilen. (...) Diese Tradition, die sich heute blühend und ungehindert entwickelt, der ganze Weg nach Rechts, ist der Anlaß eures Treffens und Grund für meine freche Rückkehr nach hier – ohne zu fragen: wir werden daraus unseren Kampf machen, unsere Anklage: draußen und im Knast: dazu ist jeder Ort gerade der rechte."

Derart sei, so Rudolf Raabe weiter, seine selbstgestaltete Rückkehr kein Akt der Unterwerfung, sondern ein Auftakt in ganz bewußter Absicht. Und wer dabei war, wie der Rudolf danach ein wenig zittrig die riesige Bühne verließ, wo die Zwanzigtausend ihm spontan ihre Sympathie bekundeten, wird tatsächlich erlebt haben, daß für einen Moment – wenn auch nur moralisch – die Macht der Bundesanwaltschaft gebrochen war.

Das gab dem Rudolf weiteren Mut, der lange schon nicht mehr soviele Menschen gesehen hatte: er ging nämlich jetzt selber daran, seinen weiteren Weg in die Karlsruher Klinik zu bestimmen, wo er – ungehindert – wenig später unter grotesken Bedingungen mit seinen Anwälten eintraf. Von wegen "monatelangen Verhandlungen", wie es tags drauf in der Presse stand: hier, vor Ort, war das ganze Klinikum völlig unvorbereitet, in keinem Tagebuch des Hospitals, in keiner Akte irgendein Vermerk, und selbst der angeblich informierte Prof. Schirmeister wußte von nichts und schimpfte auf alles, was Bundesanwaltschaft hieß. Kurz, man wollte den Rudolf ganz energisch "nach Hause" (?) schicken, hätte endlich eine patente, aber völlig perplexe Oberschwester nicht ein Einsehen mit "dem jungen Mann" gehabt.

Später ereigneten sich einige festzuhaltende Merkwürdigkeiten: um möglichst rasch aus dem grellen Licht der Überraschung, der Peinlichkeit und des totalen Versagens herauszukommen, beeilte sich die BAW, den Rudolf Raabe "als kleinen Fisch" (ARD-Tagesschau) herunterzuspielen – jenen, den man 1 1/2 Jahre lang als hochkarätigen internationalen Terroristen verfolgt, illegalisiert und an einer freigewählten medizinischen Behandlung gehindert hatte. Nun stand auch plötzlich von Bild über FAZ bis zur Welt in allen Blättern, er sei "sterbenskrank, todkrank und schwerkrank", wovon zuvor nie die Rede sein durfte. Es mußte nun plötzlich um jeden Preis so sein, daß nur ein "sterbenskranker kleiner Fisch" aufgetaucht war – und erinnert uns nicht an unser dummes Geschwätz von gestern!

Daher ist nun auch der gezielt lancierte Verdacht falsch, daß Rudolf nun in der Klinik wohlaufgehoben sei und behandelt würde, mithin alles "in Ordnung" wäre. In der Karlsruher Klinik wird Rudolf bis heute nämlich nicht behandelt, sondern einzig und allein untersucht. Ob er, wie er und wo er behandelt wird, darüber entscheiden erst noch Richter und Staatsanwälte. Man hatte bis heute, nach fast einer Woche, offenbar immer noch keine Eile, eine Behandlung zu ermöglichen, obwohl der untersuchende Professor schon bei einer ersten Begutachtung von der dringenden Notwendigkeit einer Harnleiteroperation sprach. Es ist also garnichts in Ordnung und es gibt jetzt keinerlei therapeutischen Automatismus: sondern eine wache Öffentlichkeit muß jetzt noch mehr als zuvor darauf achten, was aus Rudolf wird. Die Forderung nach einer freigewählten medizinischen Behandlung durch einen Arzt seines Vertrauens ist nicht überholt, sie wird gerade jetzt hochbedeutend.

Rudolf geht sich davon aus, in das Gefängnis zu müssen und davor Angst, aber er fürchtet sich vor allem in Anbetracht der wahrscheinlichen medinischen Versorgung von Knastärzten und vor einer Operation unter Ausschluß der Öffentlichkeit und eines Vertrauensarztes.

Wir wollen daher mit allen Mitteln versuchen, daß Gutachter freier Wahl zur Diagnose und Behandlung zugelassen werden. Das geht nur, wenn ein starker Druck auf die verantwortlichen Instanzen fixiert wird und das kostet sehr viel Geld: Gutachter sind teuer! Es käme also auch darauf an, daß alle die, die ein paar Mark entbehren können, diese überweisen.

Es geht also weiter mit Fruck und Protesten und Öffentlichkeit:

- Für die Außervollzugsetzung des Haftbefehls, für den nicht der mindeste Beweis oder Verdacht vorliegt,
- für eine freigewählte medizinische Behandlung.

Wir werden in wenigen Wochen eine umfangreiche Dokumentation zur Sache herausbringen, die neues, bisher unbekanntes Hintergrundmaterial enthält. Bitte helft dem Rudolf weiter, dessen Kampf gerade erst beginnt, helft uns, das neue und alte Material zu verbreiten und spendet ein paar Mark. Der Kassenbestand ist Null.

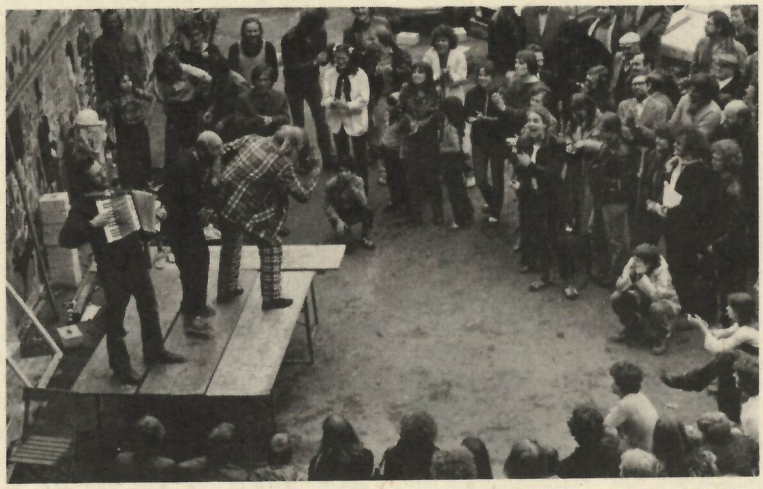
Initiativgruppe Rudolf Raabe, 6370 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171/ 73212, Postscheckkonto 1990 61-608, Frankfurt, Cornalia Branscheidt.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Heide-Erd-Küchler, Helmut Burgwinkel, Dan Diner (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Robert Detobel, Detlev Claussen ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006, Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 5,--, Jahresabonnement DM 22,-- zuzüglich DM 6,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-Extrablatt Aufruf zur Unterstützung des IV. Russell-Tribunals über die Rechte der Indianer Nord-, Mittel und Südamerikas.

Stollwerck besetzt

Der "historische 14. April". Nachdem der inoffizielle Beschluß des Kölner Stadtrates, die ehemalige Schokoladenfabrik Stollwerck im traditionellen Kölner Severinsveedel im Zuge der Sanierung abzureißen, durchgesickert war (das obige Bild ist eine Rekunstruktion dieser Freveltat),



beschloß ihrerseits die "Bürgerinitiative Südliche Altstadt" das Gegenteil: das Stollwerckgelände zu erhalten und als ersten Schritt, Musterwohnungen zu errichten. Zur Finanzierung der geplanten Bauaktion wurde am 26. und 27. April ein Fest veranstaltet.

Stein für Stein wurde von einer Menschenkette zur Baustelle für die erste Musterwohnung im Nord-Süd-Trakt des Stollwerckgebäudes geschleppt. Maurer, Schreiner, Maler u.a. taten sich zusammen.

Und Anfang Mai war die erste Musterwohnung fix und fertig. Die Stadt brachte es ihrerseits nur zu einer einzigen Mauer im Hof ... zur Vorbereitung eines Polizeieinsatzes, der dann doch nicht stattfand. Denn sehr zum Verdruß ihres vorher so fixen und nachher ziemlich fertigen Vorsitzenden wandte sich die Mehrheit der SPD gegen den Abriß.

Bilder: Kölner Volksblatt

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 31.7.80 "links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1980 DM 14,– (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____